

Reformismus als „Sozialfaschismus“

Zur politischen Verwertung der Geschichte der Arbeiterbewegung durch von Plato: KPD und Komintern – Sozialdemokratie und Trotzismus

Niels Kadritzke

I. Einleitung und Begründung der Fragestellung

1. In meiner Darstellung, wie das Faschismus-Thema in der politischen Diskussion von heute verwendet wird, habe ich die Fehler des KSV (KPD/AO) vor allem im Hinblick auf die Wiedererweckung des Sozialfaschismus-Begriffs aufzuzeigen versucht (1). Mangels einer ausführlichen Darstellung der Geschichte der Weimarer Republik durch das Visier des KSV (2) war ich auf einige Anhaltspunkte aus älteren Publikationen angewiesen, um aufzeigen zu können, welche Bedeutung eine unkritische Wertschätzung der sogenannten Sozialfaschismus-Theorie der Weimarer KPD in der Gegenwart gewinnen kann.

Inzwischen ist in der von dieser Gruppierung herausgegebenen Reihe mit dem verpflichtenden Titel „Materialistische Wissenschaft“ eine umfassende „Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik“ erschienen, in der die Sozialfaschismus-Theorie der Weimarer Zeit ausführlich begründet und vollständig gerechtfertigt wird. Da dieses Buch Alexander von Platos (3) mittlerweile vielerorts als ein wichtiges Belehrungsmittel über die Endphase der Weimarer Republik verwendet wird und die unwidersprochene Apologie jener theoretischen Fehler der Weimarer KPD, welche die kommunistische Bewegung selbst nach 1933 überwunden hat, für die politische Bewegung verhängnisvolle Folgen haben muß, soll die Arbeit von Platos *unter diesem Gesichtspunkt* einer ausführlichen Kritik unterzogen werden.

2. Da eine wissenschaftlich begründbare Kritik in diesem Fall auch aus politischen Gründen in aller Schärfe formuliert werden muß, sei vorweg auf die unbezweifelbaren positiven Seiten und Verdienste der Arbeit hingewiesen. Von Plato hat die umfassende Literatur, in der sich die kommunistische Politik der Jahre 1928–1933 darstellt und theoretisch begründet, nahezu lückenlos durchgearbeitet und sich damit befähigt, die gängigen falschen oder doch lückenhaften Darstellungen der KPD-Politik in dieser Zeit in vielen Einzelheiten und auch in wesentlichen Grundzü-

- 1) Vgl. N. Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität und als unrealistischer Kampfbegriff, in: Prokla 8/9, S. 103 ff.
- 2) Die Arbeit von Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied und Berlin 1971, geht zwar auch von einer unkritischen Bejahung der Sozialfaschismus-Theorie aus (S. 65 ff), verzichtet aber auf eine theoretische oder empirische gestützte Begründung.
- 3) Alexander v. Plato, Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzismus, Berlin 1973

gen zurechtzurücken. So hat er (4) die von A. Rosenberg entwickelte und danach von der ganzen bürgerlichen Geschichtsschreibung repetierte These widerlegt, die Sozialfaschismus-Theorie und ihr „ultralinker“ theoretischer Hintergrund sei vor allem Produkt der innersowjetischen Auseinandersetzungen zwischen der Stalin-Fraktion und ihren verschiedenen Gegnern, die mit Hilfe des „Instruments“ der Komintern auf die deutsche Partei übertragen und ihr damit von außen aufgezwungen wurde (5). Von Plato weist nach, daß ein solcher Zusammenhang von den meisten Autoren gar nicht widerspruchsfrei konstruiert werden kann (6), daß wesentliche Impulse zur Radikalisierung der Politik der KPD gegenüber der Sozialdemokratie aus der deutschen Partei selbst gekommen sind und daß die Komintern in viel stärkerem Maße zügelnd in die Politik der KPD eingegriffen hat, als es die bürgerliche Geschichtsschreibung in ihrer Fixierung auf die „dogmatische“ Befehlsgewalt eines prinzipiell einheitsfrontfeindlichen Stalin wahrhaben will (7). Eine wichtige korrigierende Tendenz der Arbeit liegt weiterhin in der ausführlichen Darstellung der ab Frühjahr 1932 mit der Antifaschistischen Aktion einsetzenden Bemühungen, einer tatsächlichen Einheitsfront mit der SPD näherzukommen, die in der gängigen Literatur vorwiegend als unaufrichtige und von der reformistischen Führung zurecht abgewiesene Propagandaoffensive gewertet wird (8).

3. Die beiden Hauptaufgaben, die sich von Plato selbst vorgenommen hat, bleiben in seiner Arbeit jedoch ungelöst, ja sie beweisen gegen den Willen des Autors, daß der Versuch ihrer Lösung bei aller Anstrengung der politischen Absicht scheitern

- 4) Wie im übrigen vor ihm noch umfassender, da auch die russisch-sprachigen Quellen ausschöpfend: P. Lange, *Stalinismus versus „Sozialfaschismus“ und „Nationalfaschismus“*, Göttingen 1969
- 5) Dies ist in unterschiedlich kurzschlüssiger Weise getan worden von renommierten Autoren wie H. Weber (*Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, Frankfurt a. M. 1969); S. Bahne (*Die Kommunistische Partei Deutschlands*, in: *Das Ende der Parteien 1933*, hrsg. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960; sowie: „Sozialfaschismus“ in Deutschland, in: *International Review of Social History*, Vol. X, 1965); J. Braunthal (*Geschichte der Internationale*, Bd. 2, Hannover 1963) und Th. Weingartner (*Stalin und der Aufstieg Hitlers*, Berlin 1970).
- 6) Vgl. S. 249 f., 266 ff. und insb. S. 271. Vgl. auch P. Lange (Anm. 4), der vor allem herausarbeitet, daß alle innersowjetischen Gegenspieler Stalins wesentlichen Anteil an der Formulierung dieser „ultralinken Politik“ gehabt haben.
- 7) Allerdings kann auch von Plato nicht bestritten, daß Stalins Intervention zugunsten des sog. „Roten Volksentscheids“ gegen die preußische Regierung im August 1931, wie sie im 4. Bd. der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1966, S. 262 f. berichtet wird, nicht in seine Darstellung paßt.
- 8) Vgl. insbesondere S. Bahne, in: *Das Ende der Parteien*, S. 670 ff. und E. Matthias, *Die Sozialdemokratische Partei* (ebda), S. 154 ff. Von Plato unterschätzt seinerseits die Vorbelastungen dieser Politik durch die kommunistische Haltung vor 1932, eben weil er an der Sozialfaschismus-These festhält. Verdienstvoll ist in diesem Zusammenhang aber zweifellos die Kritik an den regelmäßig denunziatorischen Darstellungen des Berliner BVG-Streiks im November 1932, der in den bürgerlichen Arbeiten als Schlußstein in der Beweisführung für die angeblich durchgängige Hauptstoßrichtung der KPD-Politik gegen die SPD dient. So ist von Plato zuzustimmen, wenn er gegen Flechtheims Kritik am „Bündnis“ von RGO und NSBO einwendet: „Ganz sicher konnte die KPD aber von ihr organisierte Streiks nicht deshalb absagen, weil sich die Nazis daran beteiligten.“ (S. 274)

muß.

- a) Die Widerlegung der Trotzki'schen Faschismus-Einschätzung, die aufs engste damit zusammenhängt, wie dieser die Rolle der Sozialdemokratie sieht, scheidet schon deshalb, weil von Plato in seiner kursorischen Darstellung von Trotzki's Schriften über die Faschisierung in Deutschland dessen theoretische Analysen auf unzulässige Weise verkürzt (9) und auf die wichtigste Ebene von Trotzki's Kritik an der Sozialfaschismus-Theorie gar nicht eingeht (10).
- b) Die Konfrontation der zeitgenössischen kommunistischen Einschätzungen und Analysen mit neueren zeitgeschichtlichen Forschungsergebnissen mit der Absicht, eine möglichst objektive Einschätzung der ökonomischen und sozialen Entwicklung am Ende der Weimarer Republik vor allem in ihren Wirkungen auf die Arbeiterklasse zu gewinnen, soll die objektive Richtigkeit des Sozialfaschismus-Begriffes und der ihm zugrundeliegenden Annahmen über die Rolle der Sozialdemokratie in der Agonie der bürgerlichen Republik herausstellen. Dieser Wahrheitsbeweis für eine problematische Theorie muß aus methodischen und inhaltlichen Gründen hoffnungslos scheitern. Aus seinem Scheitern ergeben sich einige prinzipielle Schlußfolgerungen für die Analyse des Reformismus in der Arbeiterbewegung und über die Rolle des KSV, die am Ende einer relativ ausführlichen Untersuchung der erstaunlichen Fehler und offensichtlichen Widersprüche in dieser neuesten Begründung der Sozialfaschismus-Theorie entwickelt werden sollen (11).

II. Die Sozialfaschismus-Theorie der Weimarer KPD

1. Zunächst ist zu untersuchen, ob der begriffliche und deskriptive Inhalt der Sozialfaschismus-Theorie, so wie von Plato sie darstellt, mit der historischen Realität

- 9) So geben etwa die Seiten über Trotzki's Einschätzung von „Sozialfaschismus und Einheitsfront“, S. 88 ff., Trotzki's Position nur sehr unzureichend wieder. Hier fehlt vor allem der Hinweis auf Trotzki's Hauptforderung für eine kommunistische Einheitsfrontpolitik nämlich ein konkretes Programm mit der sozialdemokratischen Basis selbstverständlichen Forderungen anstelle eines bürokratischen „Ultimatismus“. Vgl. dazu Trotzki, Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1971, S. 172 ff., S. 205 ff.
- 10) Die Auseinandersetzung von Platos mit Trotzki kann hier nicht weiter verfolgt werden (vgl. dazu die Rezension von v. Platos Arbeit in Nr. 3 der Zeitschrift „Die internationale“). Trotzki's zentraler Einwand gegen die Sozialfaschismus-Theorie wird aber weiter unten an passender Stelle gegen die Auffassung von Platos ins Feld geführt.
- 11) Auf andere, ebenfalls schwerwiegende Mängel in der Darstellung der Weimarer KPD kann hier nur kurz verwiesen werden, z. B. auf die unkritische Einschätzung des kommunistischen „Programms zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, dessen bedenkliche Tendenzen in der Reihenfolge der Attribute im Titel angedeutet sind. Die Problematik des sog. Scheringer-Kurses, der mit seiner z. T. äußerst opportunistischen Agitation gegenüber dem nationalistisch gestimmten Kleinbürgertum in dieselbe Zeit fällt, wird entsprechend gar nicht erörtert. Interessant ist, daß im sog. Zentralorgan der Gruppe v. Platos im aktuellen Zusammenhang mit einer Programmdiskussion das KPD-Programm von 1930 stillschweigend „korrigiert“ wird, indem es als „Programm zur sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes“ zitiert wird. Vgl. „Rote Fahne“ Nr. 51/52, 1973, S. 2

tät jener Theorie übereinstimmt, welche die KPD von 1929–1933 wirklich vertreten hat. Dabei ist von vornherein der politische Gesichtspunkt im Auge zu behalten, der die strategisch überaus bedeutsame Problematik des Begriffs damals ausgemacht hat: der Zusammenhang mit der Politik der proletarischen Einheitsfront, den die KPD zum allgemeinen Prinzip ihres antifaschistischen Kampfes erklärt hat. Denn eine Einheitsfront mit den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern erforderte – auch wenn sie gegen die Führung der SPD durchgesetzt werden mußte – eine Form von propagandistischer Einwirkung auf die sozialdemokratisch gebundenen Arbeiter, die die passive Rolle ihrer Führung angesichts der faschistischen Gefahr realistisch benennen und aus ihrem Reformismus erklären konnte, und welche, wenn nicht ein Überlaufen auf die kommunistische Seite, so doch eine politische Zusammenarbeit mit Kommunisten durch die Überzeugungskraft einer *konkreten* antifaschistischen Abwehrkonzeption herbeizuführen imstande war. Von Plato verfehlt von vornherein diesen Zusammenhang zwischen der Überzeugungskraft der kommunistischen Einheitsfrontpolitik und der Überzeugungskraft ihrer Einschätzung der politischen Funktion der sozialdemokratischen Führung, wenn er bei der einleitenden Erörterung des Sozialfaschismus-Begriffs gegen dessen Kritiker triumphierend darauf hinweist, dieser Begriff sei in den Köpfen der Kommunisten gar nicht unvereinbar gewesen mit einer Politik der proletarischen Einheitsfront, sei es „von unten“, sei es „von oben“ (12). Der u. a. bei Sinowjew subjektiv vorhandene *Glaube*, beides sei miteinander vereinbar, kann aber für eine Analyse des objektiven historischen Wirkungszusammenhangs überhaupt nicht interessieren. Wichtig ist vielmehr allein, ob die politische Praxis diese Vereinbarkeit erwiesen oder widerlegt hat, d. h. ob die deutschen Kommunisten *erfolgreich* für eine Politik der proletarischen Einheitsfront wirken konnten, wenn sie zugleich die sozialdemokratische Partei und ihre Führung in ihrer Propaganda als sozialfaschistisch bezeichneten und diesen propagandistischen Wortgebrauch auch noch theoretisch ernsthaft zu begründen versuchten. Diese Frage setzt nicht nur auf der Ebene der Propagandatechnik an, sie untersucht auch, ob der hier erörterte Begriff, statt den reformistisch orientierten Arbeitern zu helfen, „durch Erfahrung ihren Weg zu finden“, nicht vielmehr den reformistischen Führern geholfen hat, ihre proletarische Gefolgschaft trotz einer tiefgreifenden Verunsicherung von einer Einheitsfrontpolitik fernzuhalten (13). Sie zweifelt darüberhinaus daran, ob eine Wirklichkeitsanalyse, die sich im Begriff des Sozialfaschismus niederschlägt, überhaupt die Kampfbedingungen der KPD am Ende der Weimarer Republik richtig erfassen und ihre Handlungsmöglichkeiten richtig beschreiben konnte.

- 12) Vgl. S. 160: „Obwohl Sinowjew und die KI sich ausdrücklich gegen die SPD als . . . linken Flügel des Faschismus gewandt hatten, war weder er noch die KI *prinzipiell* bis 1928 gegen ein Bündnis mit der SPD, *falls dadurch* die Kampfbedingungen für das Proletariat verbessert würden“ (Hervorh. im Text). Die in diesem Zitat geschilderte Position muß für den KSV dazu herhalten, die Vereinbarkeit seiner eigenen Parolen: Hinein in die Gewerkschaften! Baut die RGO auf! zu behaupten. Vgl. dazu die Kritik an der neuen RGO-Konzeption in Prokla 8/9, S. 145 ff., insb. S. 158 ff.
- 13) Vgl. Trotzki, a. a. O., S. 206, vgl. die Schilderung der Erbitterung der einheitsfrontbereiten SPD-Arbeiter bei O. Ruchwitz, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1949, S.126

2. Für die Rezeption und Verwendung der Sozialfaschismus-Propaganda an der Basis der KPD ist maßgeblich in Rechnung zu stellen, daß der Begriff für sich genommen keineswegs eindeutig und deshalb auch nicht nur in einem Sinne aufzugreifen war. Von Plato gibt über die belegbare Vieldeutigkeit der historischen Sozialfaschismus-Theorie keine Rechenschaft. Stattdessen unterstellt er einen fest umrissenen, klar vermittelbaren Sinn des Begriffes und seiner Begleit-Terminologie, die diese in Wirklichkeit nie besessen haben (14). Deshalb entlasten die im Detail durchaus kritischen Bemerkungen, die von Plato über den *Gebrauch* des Begriffes vor allem durch die Merker-Gruppe und die Remmele-Neumann-Fraktion macht, die kommunistischen Führer als Vertreter einer angeblich vorhandenen „authentischen“ Fassung keineswegs. Denn ein Begriff, der viel eher zu emotional aufgeladenen Assoziationen als zu kognitiv abgeleiteten strategischen Einschätzungen verleitet, hat die katastrophale und desorientierende Wirkung an der kommunistischen Parteibasis *direkt* verursacht. Propagandistische Fehltritte müssen demnach als plausibel aus dem Sozialfaschismus-Begriff selbst abzuleitende „Mißverständnisse“ angesehen werden, für die diejenigen verantwortlich sind, die eine den Reformismus prinzipiell verschätzende Terminologie in die Welt gesetzt haben.

Schon rein begriffssystematisch steht die Rede vom Sozialfaschismus für eine durch historische Erfahrung unzureichend kontrollierte Inhaltslosigkeit bei der Verwendung propagandistischer Kampfbegriffe. Denn zum ersten verkommt im Wortgebrauch von „Faschismus“ als konstantem Bestandteil verschiedener Bindestrich-Begriffe (wie: Seeckt-Faschismus, Brüning-Faschismus; oder: National-Faschismus, Sozial-Faschismus) ein politisch schon am italienischen Beispiel relativ exakt diskutierter und definierter Begriff zum unspezifischen und damit lediglich „marktschreierischen Synonym“ für bürgerliche Klassengewalt (15). Und zum anderen zeigt die Austauschbarkeit der variablen Bestandteile an, welche beliebige Vorstellungen über Träger, soziale Basis und Ideologie einer faschistischen Bewegung eine solcherart taubstumm gemachte politische Vokabel zuläßt.

Die Tragweite der politischen Fehler von KPD und Komintern in der Analyse und der strategischen Antwort auf die Krise der Weimarer Republik ist demnach nur richtig einzuschätzen, wenn die Sozialfaschismus-These immer schon als Ausdruck einer fehlenden bzw. falschen Faschismus-Analyse gesehen wird. Theoriegeschichtlich gesehen ist die Sozialfaschismus-These daher viel weniger Spätfolge einer willkürlichen Stalinschen Assoziation aus dem Jahre 1924, an die sie ebenso assoziativ anschließt (gemeint ist die Metapher von den „Zwillingsbrüdern“ Sozialdemokratie und Faschismus, die Stalin zu den damaligen entsprechenden Thesen von Sinowjew beigesteuert hat) als vielmehr Produkt einer theoretischen Diskontinuität, welche die frühen Einschätzungen und Analysen des Faschismus ihrer politisch-praktischen Wirkungsmöglichkeiten ausgerechnet zu einem Zeitpunkt beraubt hat, als die faschistische Gefahr in Deutschland akut zu werden begann.

14) Daher sind die z. T. chaotisch wirkenden Darstellungen der Entwicklung der Sozialfaschismus-Propaganda der KPD nicht zuletzt auch auf die Uneindeutigkeiten und Schwankungen in dieser Politik selbst zurückzuführen. Vgl. dazu insb. S. Bahne, „Sozialfaschismus“ in Deutschland (Anm. 5) und P. Lange (Anm. 4)

15) Trotzki, a. a. O., S. 62

3. Dieser fatale Mangel an systematischer Eindeutigkeit wird durch das Ausmaß bestätigt, in dem sich der intendierte Begriffsinhalt des „Sozialfaschismus“ historisch gewandelt hat (15a). Dies zeigt schon ein erster Überblick seiner Verwendungsgeschichte durch KPD und Komintern. Bis zu den ersten Wahlerfolgen der NSDAP in Deutschland, also etwa vom VI. Weltkongreß der Komintern im September 1928 bis Anfang 1930, wurde die deutsche Sozialdemokratie mit dem Attribut „sozialfaschistisch“ als eine politische Bewegung gekennzeichnet, die unter den deutschen Verhältnissen einer hochindustrialisierten Gesellschaft dieselbe Funktion gegenüber der Arbeiterklasse wahrzunehmen imstande sei wie der originale italienische Faschismus in einem Lande mit rückständiger kapitalistischer Entwicklung (16).

Mit den ersten besorgniserregenden politischen Erfolgen der NSDAP hatte sich die Sozialfaschismus-Theorie mit einer politischen Entwicklung zu arrangieren, die neben der sozialfaschistischen Bedrohung, welche die KPD bis zum März 1930 noch immer durch die Große Koalition unter Führung von H. Müller gegeben sah, auch die Gefahr einer zunehmend erfolgreichen „nationalfaschistischen“ Konkurrenzbewegung anzeigte. Die Anpassung der Sozialfaschismus-Propaganda, damit aber zugleich ihre fortdauernde Wirkung, besorgte für das ZK der KPD H. Remmele in seiner im März/April 1930 veröffentlichten Aufsatzreihe in der „Internationale“ (17). Da auch von Plato Remmeles Auffassungen als Darstellung eines von allen linkssektiererischen und realitätsverzerrenden Momenten gereinigten Sozialfaschismus-Begriffes hinnimmt, soll diese Schrift zur Probe aufs Exempel seiner Aussagekraft untersucht werden.

Remmele geht nicht mehr davon aus, daß in Deutschland die faschistische Gefahr ausschließlich durch den Sozialfaschismus droht; vielmehr zeichnet er eine gesellschaftlich-politische Entwicklung, in der sich sozialfaschistische und nationalfaschistische Bedrohung der Arbeiterklasse addieren. Entgegen Merkers „ultralinker“ Annahme, die Sozialdemokratie sei „im Bunde mit der Finanzoligarchie der Faschismus selbst“ (18), modifiziert Remmele nunmehr in realistischer Erkenntnis der sozialen Basis der NSDAP die frühere kommunistische Einschätzung der Rolle der SPD im Faschisierungsprozeß und kommt zu folgendem Ergebnis:

a) die SPD sei „Schrittmacher der faschistischen Diktatur“

15a) Im übrigen beschäftigen wir uns in der Folge nur mit der Anwendung des Begriffs auf die Sozialdemokratie. Daß zuweilen auch die Fraktionen innerhalb der KPD sich gegenseitig als „sozialfaschistisch“ beschimpft haben (vgl. S. Bahne, „Sozialfaschismus“ in Deutschland, a. a. O., S. 230) und daß auch die KPO und andere kommunistische Gruppen so bezeichnet wurden, belegt die willkürliche Verwendbarkeit des Begriffes nur besonders augenfällig.

16) So explizit H. Neumann auf dem 10. EKKI-Plenum im Juli 1929, ebenso H. Remmele auf dem Weddinger Parteitag 1929. Weitere Beispiele bei H. Weber (Anm. 5), S. 232 und S. Bahne, a. a. O., S. 234 ff. Vgl. auch K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO), Meisenheim 1964 (reprint Erlangen 1971), S. 173 und v. Plato, a. a. O., S. 206

17) H. Remmele, Schritt halten! Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?, in: Die Internationale, 13. Jg. 1930, Nachdruck des KAB Hamburg, Hamburg 1971

18) H. Remmele, a. a. O., S. 77

- b) die SPD werde mit der Bourgeoisie auch dann weiter „durch dick und dünn“ gehen, wenn eine Koalition mit sozialdemokratischer Beteiligung durch die „unverhüllte faschistische Diktatur“ abgelöst werde (19) und
- c) auch in dieser faschistischen Diktatur werde die SPD als Sozialfaschismus „ein Teil, vielleicht ein wesentlicher Anteil . . . in der einen oder anderen Form sein“ (20).

Um allen Mißverständnissen den Weg zu verlegen, die seine Schrift als eine „Aufweichung“ des Sozialfaschismus-Urteils über die SPD auffassen könnten, hebt Remmele in einer Nachbemerkung ausdrücklich hervor, der Begriff bezeichne keineswegs nur einzelne Handlungen der Sozialdemokratie, sondern sei der „Ausdruck für den gesamten Charakter und das gesamte politisch Wesen der Sozialdemokratischen Partei“ und bestimme als solcher die „letzte Phase der Entwicklung der Sozialdemokratie als einer bürgerlichen Arbeiterpartei“ (21). Im Hinblick auf die Darstellung des Begriffs, wie sie im weiteren von Platos Beweisführung zugrundeliegt, ist eindeutig festzuhalten, daß Remmele und die KPD auch nach Bereinigung der Merkerschen Auswüchse die SPD nicht nur als *Wegbereiter*, sondern als Teil der faschistischen Bedrohung sowie als Bestandteil der befürchteten faschistischen Diktatur in Deutschland ansehen. An dieser Einschätzung ist bis 1933 nichts mehr explizit zurückgenommen worden, es gibt sogar Beispiele dafür, daß noch nach der Zerschlagung der SPD und des ADGB die Sozialdemokratie als „Hauptstütze der Bourgeoisie“ bezeichnet wurde (22). Dennoch stand die praktische Politik der KPD, die noch im August 1931 mit der verhängnisvollen Beteiligung an dem von den Nazis gegen die preußische SPD-Regierung inszenierten Volksentscheid das Bild einer einheitsfrontfeindlichen kommunistischen Politik in den Köpfen der reformistischen Arbeiter verankert hatte, seit Begründung der Antifaschistischen Aktion immer mehr im Zeichen einer zunehmend realistischen Abwehrstrategie, die sich allerdings gegen die Fehler der Vergangenheit und die fortdauernden Wirkungen ihrer eigenen Terminologie genauso wenig durchsetzen konnte, wie gegen die intransigente Ablehnung aller Einheitsfront-Versuche durch die sozialdemokratische Führung (23).

19) Beide Aussagen bei Remmele, a. a. O., S. 75

20) Remmele, a. a. O., S. 79. Remmele meint, eine solche Entwicklung könne man für Deutschland „mit größter Sicherheit“ schon voraussagen. In welcher eindeutiger Weise in dieser „korrigierten“ Fassung die SPD nach wie vor als Erscheinungsform des Faschismus vorgestellt wird, zeigt sich, wenn Remmele die Auffassung der KPD, Sozialdemokratie und Faschismus seien gegensätzliche Formen bürgerlicher Herrschaft, die einander ausschließen, für ebenso verfehlt hält wie die „extreme“ Sozialfaschismus-Version Merkers, und konstatiert: „Beide Theorien liefern das Proletariat wehr- und schutzlos dem Faschismus aus, da beide Theorien die Existenz des Faschismus leugnen – Brandler die Existenz des Sozialfaschismus, Merker die Existenz des Nationalfaschismus“ (a. a. O., S. 80).

21) Remmele, a. a. O., S. 99

22) So F. Heckert Ende 1933, zitiert nach H. Weber, a. a. O., S. 246

23) Diese Tatsache wird in allen einigermaßen realistischen Darstellungen hervorgehoben. Vgl. E. Matthias, a. a. O., S. 154 ff.; H. Weber, a. a. O., S. 241 und vor allem die aufschlußreiche Darstellung bei Fr. W. Witt, *Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik*, Hannover 1971. Die Haltung der Sozialdemokratie bedarf einer eingehenden Darstellung an anderer Stelle.

Von Plato führt die realistische Wendung in der antifaschistischen Abwehrstrategie seit Anfang 1932 und vollends seit dem Sturz der Brüning-Regierung zu Recht auf die immer deutlicher werdende faschistische Gefahr zurück, die den zum Teil abenteuerlichen Hoffnungen des Thälmann-Neumann-Remmele-ZK auf eine die Revolution beschleunigende Wirkung des Faschisierungsprozesses bzw. der faschistischen Diktatur selbst die Sprache verschlugen (24). Er macht allerdings nicht hinreichend deutlich, daß diese Bedrohung durch den Original-Faschismus keineswegs durchschlagende Konsequenzen für die *theoretische* Konzeption des Sozialfaschismus hervorgebracht hat. Seine Darstellung spiegelt die zurückhaltendere Verwendung des Begriffs zwar wider, insofern alle von ihm angeführten Einschätzungen der faschistischen Gefahr ab 1932, vor allem soweit sie sich an die sozialdemokratischen Arbeiter direkt wenden, ohne diesen Begriff auskommen (25). Aber er zieht aus dieser praktisch notwendigen Anpassung keine Lehren und besteht darauf, den angeblichen Realitätsgehalt der Theorie vom Sozialfaschismus beweiskräftig behaupten zu können.

III. Die Sozialfaschismus-Theorie nach von Plato

Weil von Plato die komplizierte, ja verwirrende Entwicklung der Sozialfaschismus-Propaganda in ihren sehr unterschiedlichen und z. T. einander widersprechenden Partituren nicht darstellt, muß eine Kritik seiner Konzeption von Sozialfaschismus an den Definitionen ansetzen, die er selbst für diesen Begriff gibt. Eine solche Kritik trifft aber auf zwei Schwierigkeiten, die bekannt sein müssen, um die relative Vielschichtigkeit der Auseinandersetzung mit von Platos Argumentation verstehen zu können. Zum ersten schützt sich von Plato gegen die Frage nach der *politisch-psychologischen* Wirkung des Begriffs indem er seine eigene Fragestellung im Laufe der Untersuchung nahezu unmerklich verschiebt. Während er auf S. 161 den Nachweis anzutreten verspricht, daß der politische Begriff „Sozialfaschismus“ „Realität transportierte“, tritt er auf S. 170 kürzer und kündigt nur noch zu untersuchen an, „ob die Merkmale sozialdemokratischer Politik, die *die KPD als ‚sozialfaschistisch‘ bezeichnete*, Realität transportierten oder nicht.“ (Hervorh. d. Verf.) Unser Autor will sich in seiner Untersuchung demnach darauf beschränken, an den als „sozialfaschistisch“ aufgespießten Merkmalen sozialdemokratischer Politik jeweils „etwas dran“ zu finden, ohne sich auch nur einmal systematisch und präzise auf die faschismustheoretische und einheitsfrontpolitische Angemessenheit dieses Attributs für die Politik der Sozialdemokratie einzulassen. Viele seiner im einzelnen aufgeführten Kritikpunkte an der SPD kann man deshalb in aller Schärfe teilen, ohne die kritisierten Momente und die klare, gerade in der ökonomischen Krise an der Erhaltung der kapitalistischen Reproduktion orientierte Grundeinstellung des

24) v. Plato, S. 262 f., der den Einfluß der Komintern auf diese Umorientierung besonders hervorhebt.

25) v. Plato, S. 264–276

Reformismus auch nur im Traum als „sozialfaschistisch“ zu bewerten (26).

Zum zweiten leiden von Platos Darlegungen selbst unter einer inkonsequenten Entwicklung des Sozialfaschismus-Begriffs. In der am meisten kondensierten Fassung definiert er: „Die Sozialfaschismus-Theorie hieß aber nichts anderes, als daß die Sozialdemokratie zum Werkzeug bei der Durchführung des Faschismus geworden sei“ (27). Auch diese auf den ersten Blick kurze und bündige Formulierung ist so eindeutig zweideutig, daß sie genauer untersucht zu werden verdient: der „Faschismus“, der hier durchgeführt wird, kann zum einen die faschistische Diktatur sein – dabei ist die Sozialdemokratie aber kein Werkzeug, weil sie von eben dieser Diktatur illegalisiert wurde. Zum anderen kann damit der politische Prozeß der Faschisierung seit 1930 gemeint sein – dieser wird aber nicht von einem durchgehend identischen und benennbaren Träger „durchgeführt“, der die Sozialdemokratie als „Werkzeug“ handhaben könnte, sondern ist ein gesellschaftlich verursachter Prozeß mit aktiven und passiven Beteiligten. Soweit mit diesem Satz nur gemeint sein sollte, daß die SPD ein „Wegbereiter des Faschismus“ gewesen ist (28), was im Sinne mangelnder Verteidigungs- und schließlicher Kapitulationsbereitschaft gar nicht bestritten werden kann, ist damit aber für die Sozialfaschismus-Theorie gar nichts geleistet. Denn diese läßt sich nur begründen, wenn man dem Reformismus die Rolle nachweisen kann, die von Plato an anderer Stelle ganz klar hervorhebt: danach ging der Klassenverrat von SPD- und Gewerkschaftsspitze so weit, daß „sie sich auch faktisch der Ideologie und Praxis des Faschismus annäherte“ (29). Diese

26) Die auf S. 170 angekündigte Erörterung der „Massenwirksamkeit“ bzw. der „Ambivalenz“ des Sozialfaschismus-Begriffs fällt aber der am Ende des Buches vollendeten Identifikation des Autors mit seinem Untersuchungsgegenstand zum Opfer: die Ambivalenz des Begriffs gibt es nicht, sie wurde lediglich in seiner mißbräuchlichen Anwendung durch ungenügend „bolschewisierte“ Leute wie P. Merker und H. Neumann künstlich erzeugt. Die Wirkung auf die sozialdemokratischen Massen in der politischen Praxis wird gar nicht erst untersucht. Dieses Problem erledigt sich für v. Plato auf der Ebene der Literatur durch folgendes ebenso typische wie entwaffnende Argumentationsmuster: „Trotzkis Vorwurf, die KI sei an das Problem nicht unter dem Gesichtswinkel der Arbeiterklasse herangegangen, ist ebenfalls eine Unterstellung. So sagte Manuilski: ‚In Wirklichkeit ist das Wesentliche am Faschismus sein offener Angriff auf die Arbeiterklasse . . .‘ und . . . fährt fort, daß der faschistische Angriff gegen die KPD und die RGO und ‚die anderen Massenorganisationen‘ gerichtet sei . . .“ Statt den Vorwurf der Massenfeindlichkeit auf seine Stichhaltigkeit zu untersuchen, zeigt v. Plato, was niemand bestritten hat: daß einzelne Vertreter von KPD und KI die Bedrohung auch der reformistischen Organisationen durch die faschistische Diktatur erkannt haben. V. Plato kommt aber auch an dieser Stelle nicht darauf, daß diese Erkenntnis mit dem Sozialfaschismus-Begriff unvereinbar ist. Vgl. dazu weiter unten im Text.

27) v. Plato, S. 215

28) a. a. O., S. 220. In der Tat war die SPD unfähig, die faschistische Diktatur zu verhindern. Wie wenig damit schon das Sozialfaschismus-Urteil gesprochen ist, zeigt die Überlegung, daß auch die KPD die faschistische Diktatur nicht verhindern konnte. Weil eben beide Arbeiterparteien auf sich allein gestellt diese für die gesamte Bewegung existentiell notwendige Leistung nicht vollbringen konnten, muß die Frage nach der Verantwortung beider Parteien an ihrem Beitrag zum Zustandekommen bzw. zur Verhinderung der proletarischen Einheitsfront gemessen werden.

29) a. a. O., S. 187, vgl. auch S. 219: die SPD wurde „Werkzeug bei der Durchführung des Faschismus und nahm kontinuierlich Elemente der faschistischen Theorie und Praxis auf.“

These, die den Vorwurf der versuchten Anpassung von SPD und ADGB an die faschistische Diktatur nach 1933 einschließt, begründet überhaupt erst die Sozialfaschismus-Theorie unseres Autors in ihrer begrifflichen Aussage.

Um die Fehler und Mängel in der historischen Darstellung wie in der theoretischen Bewertung der Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik aufzuzeigen, müssen wir also untersuchen, ob von Platos Analyse der reformistischen Theorie, sein Bericht über die reformistische Praxis und seine Einschätzung der reformistischen Anpassungspolitik in der faschistischen Diktatur ihrerseits in der Lage sind, „Realität zu transportieren“.

IV. Reformistische Theorie am Ende der Weimarer Republik

1. Von Platos Darlegungen zur Entwicklung der reformistischen Ideologie unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise dokumentieren ein Ausmaß an Konfusion, das dem Ausmaß an Hilflosigkeit gleichkommt, welches die „theoretische“ Reaktion des Reformismus auf den Zusammenbruch ihrer wirtschaftsdemokratischen Illusionen in der ökonomischen Krise auszeichnet. Wir können auf viele Unklarheiten und Widersprüche in diesen Darlegungen nicht eingehen (30) und konzentrieren uns daher auf die beiden zentralen Anhaltspunkte für den Sozialfaschismus-Verdacht, die von Plato an der reformistischen Theorie auszumachen glaubt:

- a) Ähnlichkeiten zur faschistischen Ideologie in den wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen und in der Staatskonzeption des Reformismus;
- b) die gleiche politische Stoßrichtung von faschistischer und reformistischer Ideologie, insofern letztere Forderungen gegen die Interessen der Arbeiterklasse in der ökonomischen Krise begründet und eine erneuerte „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Gewerkschaftsführung und Unternehmerverbänden rechtfertigt, die von Plato in der Zeit von 1930–1933 am Werk sieht.

2. *Zum reformistischen Staatsbegriff:* Von Plato beschränkt sich nicht darauf, die reformistischen Illusionen über einen „klassenneutralen“ Staat zu kritisieren, die gerade in der ökonomischen Krise aufs eindrucksvollste widerlegt werden, sondern schießt weit über diese unstrittige Kritik hinaus, indem er die durch nichts (31) belegte These vertritt, die SPD-Führung habe in der Spätphase der Republik wie der Faschismus einen „geplanten Sozialismus“ *innerhalb* des kapitalistischen System entwickeln wollen: „Dieser blinde Glaube, einen ‚Staatssozialismus‘ unter Beibehaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse aufzurichten zu können . . . wurde auch

30) Als Beispiel sei nur auf die Gleichsetzung der Lohntheorien von Nölting und Braunthal verwiesen (S. 175), obwohl diese genau gegenteilige Forderungen begründen. Auch die pauschalen Behauptungen über andere Grundzüge reformistischer Theorie sind von oberflächlichen Einzeldrücken geprägt, so die Feststellung (S. 336), nahezu alle sozialdemokratischen Faschismus-Theoretiker vor 1933 hätten „den Nationalsozialismus als ‚Antwort des Kleinbürgers‘ auf die revolutionäre Arbeiterbewegung begriffen“.

31) Als einziger Beleg dient ein schief interpretiertes Zitat von Braunthal, in dem von „Staatssozialismus“ überhaupt nicht die Rede ist. Vgl. S. 180

von Mussolini und Hitler ausgenutzt“ (32).

Ein nur oberflächlicher Blick auf die Entwicklung der reformistischen Staatstheorie und ihre allgemeinen Voraussetzungen kann diese These als schlichten Unsinn erkennen. Denn gerade unter dem Eindruck der politischen Krise der Weimarer Republik sah sich die reformistische Führung gezwungen, den unmittelbaren Optimismus einzudämmen, den sie noch in den Jahren der relativen Stabilisierung bei ihren Anhängern zu erzeugen versucht hatte, als seien die sozialistischen Ziele über einen linearen Vormarsch im Kampf um die Mehrheit in Staat und Parlament durchzusetzen (33). In typisch reformistischem Reflex auf die durch die Aushöhlung der parlamentarisch-demokratischen Bedingungen zerstörte Möglichkeit, ein derart naives Konzept politisch zu verwirklichen, forderte die reformistische Führung mit ihrer Politik des „kleineren Übels“ gerade einen Aufschub des Kampfes für das sozialistische Endziel – im Interesse der Erhaltung jener politischen Bedingungen, die ihrer Ansicht nach erst im ökonomischen Aufschwung erneut zum Instrument für die Durchsetzung anti-kapitalistischer Ziele werden konnten.

Wer der reformistischen Führung unterstellt, sie habe den auf sie hörenden Arbeitern den Verzicht auf den unmittelbaren Kampf um sozialistische Ziele und die passive Unterwerfung unter die objektiv arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Präsidentschaftsregierungen mit der Begründung verkaufen wollen, ein temporärer Verzicht auf aktive reformistische Arbeiterpolitik zugunsten einer Politik der „Staatserhaltung“ diene auch noch unmittelbar der Verwirklichung des Sozialismus – in der Form des Staatssozialismus – und wer den reformistischen Massen unterstellt, sie seien ihrer Führung in *solchem Glauben* gefolgt, hält die Führung der deutschen Sozialdemokratie für unfähig, ihre eigenen Interessen als Parteiführung machtpolitisch zu durchdenken, und hält die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse von 1932 für schwachsinnig. Wer auch nur die Idee entwickelt – Belege können dafür ohnehin nicht verlangt werden – mit Hilfe einer solchen „Staatstheorie“ könne es der SPD gelungen sein, wesentliche Teile der deutschen Arbeiterklasse in einer so tiefgreifenden ökonomischen und politischen Krise bei der Stange zu halten, kann die Wirkungsweise reformistischer Ideologie in der Arbeiterklasse eigentlich nur als eine Art rätselhafter Hirnseuche auffassen und als unheilbar hinnehmen. Wenn von Plato darüberhinaus davon ausgeht, eine solche „theoretische“ Vorbereitung durch den Reformismus habe es dem Faschismus leicht gemacht, seine Politik gegen die Arbeiterklasse „mit dem gleichen Mäntelchen zu umgeben“ (34), sollte er konsequenterweise gleich die deutschen Arbeiter und ihre geistige Beschränktheit für den Vormarsch des Faschismus verantwortlich machen.

32) a. a. O., S. 181

33) Klassisch formuliert durch Hilferding auf dem Kieler Parteitag von 1927. V. Plato kann Hilferding aber gerade nicht am Kern seiner reformistischen Illusionen packen, weil er ihm unterstellt, seine Vorstellung von staatlicher Planung lasse das Problem der privaten Verfügungsgewalt unangetastet. Vgl. v. Plato, S. 179, dagegen Hilferding, Protokoll des Kieler Parteitags der SPD, S. 172

34) a. a. O., S. 181

3. *Zur Theorie der Wirtschaftsdemokratie*: Hier wird von Platos Beweisführung vollends unübersichtlich. Einleitend wird die wirtschaftsdemokratische Ideologie des Reformismus als „Hintergrund für die Sozialfaschismus-Theorie der KPD“ und damit als ihre Beweisgrundlage hingestellt (35). Davon darf man sich aber nichts Näheres über die Vergleichbarkeit von wirtschaftsdemokratischer und faschistischer Ideologie versprechen. Denn statt wie angekündigt zu demonstrieren, in welcher Hinsicht und nach welchen Kriterien das eine mit dem anderen zu tun hat, erläutert von Plato in dem betreffenden Kapitel gar nicht die Theorie der Wirtschaftsdemokratie, sondern die sog. Tarnowsche Lohntheorie. Beide sind zwar Produkt reformistischen Denkens, von ihren objektiven Voraussetzungen her aber signifikant unterschieden. Während die Theorie der Wirtschaftsdemokratie für reformistisches Denken steht, das in typischer Weise die Phase einer vorübergehenden ökonomischen Stabilisierung (1924–1928) als Anzeichen der prinzipiellen Möglichkeit kapitalistischer Krisenfreiheit wahrnimmt (35a), ist die Tarnowsche Lohntheorie der ebenso typische Versuch, eine aktive Lohnpolitik in der ökonomischen Krise als für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion notwendige und damit gemeinnützige Kapitalismus-immanente Forderung der Gewerkschaften auszuweisen.

Von Plato hat also recht, sich bei seiner Untersuchung der reformistischen Theorie *in der Krise* der Tarnowschen Lohntheorie als in der Tat entscheidendem propagandistischem Instrument der reformistischen Führung zuzuwenden (36); die angebliche Affinität zwischen *wirtschaftsdemokratischer* und faschistischer Ideologie kann er damit aber nicht beweisen. Auf eine solche Idee kann man auch gar nicht kommen, wenn man die Theorie der Wirtschaftsdemokratie – so falsch sie aufgrund ihrer vollständigen Ablösung von einer Realanalyse des Gesamtzusammenhangs der kapitalistischen Reproduktion und so illusionierend sie aufgrund ihrer phantastischen Versprechungen an die Arbeiter gewesen ist – als eine Theorie der *Transformation* vom Kapitalismus zum Sozialismus identifiziert, als die sie eindeutig entworfen und begründet wurde (37), wohingegen die faschistische Korporativ-Ideologie, wenn man sie überhaupt als Programm des Faschismus oder gar als

35) a. a. O., S. 182

35a) Vgl. H. Ulrich, Die Einschätzung von kapitalistischer Entwicklung und Rolle des Staates durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, in: Prokla 6, März 1973, S. 32, S. 42 ff.

36) Vgl. F. Naphtali, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, Berlin 1930, insb. S. 25 ff. Im übrigen kritisiert von Plato diese „Theorie“ zu Recht wegen ihrer völlig illusionären Annahmen über die Interessen der Einzelkapitale. Anzumerken wäre nur, daß der Widerspruch zwischen Mehrwertproduktion und Realisierung des Mehrwerts, der in diesem Zusammenhang wichtig wird, keinesfalls schematisch als ein Widerspruch zwischen Haupt- und Nebenseite des Kapitalverwertungsprozesses dargestellt werden kann, wie es in der befremdlichen Sprache v. Platos geschieht; vgl. S. 184

37) Vgl. als Beispiel unter vielen: F. Naphtali, Debatten zur Wirtschaftsdemokratie, in: Die Gesellschaft, 1929, I, S. 213; und ders., Der organisierte Kapitalismus in der Wirtschaftskrise, in: Die Gesellschaft, 1931, I, S. 435. H. Ulrich charakterisiert die „Theorie“ der Wirtschaftsdemokratie daher zu Recht als einen Versuch, die verschiedenen Aufgabenbereiche reformistischer Tagespolitik „mit dem noch aufrechterhaltenen sozialistischen ‚Endziel‘ in Verbindung zu bringen“ (a. a. O., S. 15).

Beschreibung von faschistischer Realität ernst nehmen will (38) den idealen *Endzustand* einer klassenjenseitigen harmonischen Ordnung der Gesellschaft als nationaler „Gemeinschaft“ entwerfen will.

Von Plato tritt also auf der Beweisebene der quasi-faschistischen Wirtschaftsdemokratie gar nicht mehr an. Aber auch bei dem Versuch, die behauptete Affinität mit Hilfe der Tarnowschen Lohntheorie zu beweisen, gerät er in eine klare Abseitsposition (39). Denn die „Theorie“ der aktiven Lohnpolitik als reformistisches Konzept zur Wiederbelebung einer krisengedrückten kapitalistischen Wirtschaft ist gerade *nicht* geeignet, die These vom faschistischen Funktionieren der aktiven reformistischen Lohnabbau- und Zwangsschlichtungspolitik aus der reformistischen *Theorie* zu begründen. So argumentiert von Plato am Ende ausgesprochen konfus, weil er sich nicht entscheiden kann, ob nun die Theorie oder die Praxis der Sozialdemokratie ihren sozialfaschistischen Charakter ausmacht. In jedem Fall scheitert sein Versuch, beide Behauptungen zu vereinbaren, wie aus dem Text selbst deutlich wird. Geht von Plato nämlich auf S. 185 noch von der *Einheit* von Theorie und Praxis des Reformismus aus (40), so wird diese Einheit drei Seiten später

- 38) v. Plato ist meines Wissens der erste Autor, der es mit seinem „marxistischen“ Anspruch vereinbart, von faschistischen „Theorien“ zu sprechen (S. 185) und zudem die Ideologie des Faschismus als ernsthaft Beschreibung der faschistischen Wirklichkeit akzeptiert, wie sein Hinweis auf das angeblich existierende italienische Korporativsystem bezeugt. Demgegenüber hat schon Grieco (Pseud.) in der Komintern-Diskussion 1928 darauf hingewiesen, daß auch in Italien die „faschistische Ideologie bei ihrem Zusammentreffen mit der Wirklichkeit Schiffbruch erlitten hat“, weil die proklamierte korporative Idee keine reale Sphäre vorfinde, in der sie die Klassenkräfte versöhnen könnte (Der faschistische „Korporativstaat“, in: Die Kommunistische Internationale, Jg. 1928, S. 2189). Mit dem Befund: „Der korporative Staat ist proklamiert, aber er besteht nicht“ (S. 2190) beschließt Grieco eine Analyse der *inneren* Möglichkeit eines korporativ organisierten Regimes, das schon deshalb keine Form faschistischer Diktatur sein könne, weil es eine „Wiederholung der Gefahren der parlamentarischen Demokratie“ darstelle (S. 2189). In diesem Beitrag erweist sich ein italienischer Kommunist (ebenso wie andere Vertreter der italienischen KP wie z. B. Ercoli = Togliatti) schon vor den Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus als Vertreter einer realistischen Einschätzung, die von der Unvereinbarkeit reformistisch gestützter und faschistischer Herrschaft ausgeht.
- 39) Die übrigen Beweise für eine ideologische Affinität zum Faschismus sind ohne Belang, wenn auch nicht immer so dreist wie folgende Behauptung: die SPD sei „der NSDAP in ihrer Ideologie der Abschaffung der Frauenarbeit sehr nahe (gerückt)“ (S. 204). Diese erstaunliche These bezieht sich, ohne daß v. Plato diesen Zusammenhang auch nur andeutet, auf krisenbedingte Vorschläge von Gewerkschaftsfunktionären, die damals im Hinblick auf die Milderung der Wirkungen der Arbeitslosigkeit häufig diskutiert wurden. Um den Arbeiterfamilien wenigstens das unter den gegebenen Umständen höchstmögliche Einkommen zu verschaffen, versprach man sich von der Abschaffung der Leichtlohngruppen für die Zeit der Krise, daß wenigstens alle Arbeitsplätze mit Männern besetzt wurden. Dies war gedacht als Maßnahme gegen die Lohndrückerei der Einzelkapitalisten während der Arbeitslosigkeit und zeugt lediglich von reformistischer Naivität, keinesfalls aber von einer quasi faschistischen „Ideologie“. Ob v. Plato mit dieser Argumentation sich selbst oder seine Leser für dumm verkaufen will, muß dahingestellt bleiben.
- 40) „Die Theorien der Wirtschaftsdemokraten besaßen, obwohl sie reformerische Illusionen predigten, Parallelen zu den Krisentheorien und der Lohntheorie und -praxis der faschistischen Korporativsysteme; *deutlich wurde dies in der Praxis der Arbeitsgemeinschaften.*“ (S. 185) Zur Kritik der Annahme, es habe so etwas wie eine „Theorie“ bzw. Praxis der faschistischen Korporativsysteme je gegeben, vgl. Anm. 38

explizit zerrissen: für seinen Sozialfaschismus-Beweis ist nun entscheidend, daß sich ein klarer Wandel vollzogen hat von der Theorie der Wirtschaftsdemokratie zur Praxis des sozialfaschistischen Reformismus: „Hatten in der Theorie der Wirtschaftsdemokratie noch reformistische Illusionen den Vorrang, so wurden in der Praxis von der SPD-Spitze klar die kapitalistischen Produktionsinteressen gegenüber der Arbeiterklasse durchgesetzt mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften“ (41). Indem von Plato jetzt behauptet, dieser „Wandel“ sei entscheidend für die Sozialfaschismus-Theorie der KPD gewesen, hat er die theoretischen Illusionen des Reformismus selbst vom Verdacht befreit, sie könnten als Anhaltspunkte für eine der faschistischen ähnliche ideologische Orientierung des Reformismus dienen. Erst die Abkehr von reformistischen Illusionen begründet also für unseren Autor den Sozialfaschismus-Verdacht; Anlaß genug, sich dem nächsten Untersuchungsgegenstand zuzuwenden: der politischen Praxis des „Sozialfaschismus“ angesichts der drohenden faschistischen Diktatur, wie sie von Plato mit Hinweis auf die angeblichen erneuerten Arbeitsgemeinschaften behauptet.

4. Von Platos zentrales Argument, um den Wandel zur sozialfaschistischen Praxis des Reformismus zu beweisen, zielt auf die erneuerte Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaftsspitze und Führung der Unternehmerverbände; Einrichtungen, welche angeblich die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Arbeiterklasse nach dem Ausscheiden der SPD aus der Regierung aktiv organisierend in die Hand genommen haben.

Dieses Vorgehen ist in zweifacher Hinsicht fehlerhaft und macht sein Beweisverfahren doppelt fragwürdig. Zunächst unterstellt von Plato ohne weiteres, wenn es eine solche Arbeitsgemeinschaftspolitik von SPD und ADGB gegeben hätte, sei damit der Sozialfaschismus-Vorwurf unstrittig erwiesen. Er versucht gar nicht zu erläutern, aufgrund welcher theoretischer Annahmen die reformistische Führung, die bis 1924 in durchaus noch nicht sozialfaschistischer Weise die Politik der Arbeitsgemeinschaften mitgetragen hat, sich auf einmal sozialfaschistisch verhält, wenn sie dieselbe Politik in der ökonomischen Krise wieder aufnimmt. Sein Begriff von Sozialfaschismus beruht damit zunächst auf bloßer Setzung, diese geht allerdings auf einen Begriff von Faschismus zurück, der im Grunde jede Form der politischen Absicherung ökonomisch gefährdeter kapitalistischer Gesellschaften unter seinen weiten Mantel nimmt, weil in jeder kapitalistischen Gesellschaft die Interessen der Arbeiterklasse der Notwendigkeit untergeordnet sind, die kapitalistische Reproduktion in Gang zu halten und politisch abzusichern. Nur wenn jede Sicherung des Kapitalismus gegen die Wirkungen ökonomischer Krisen schon Faschismus ist, kann der spezifisch reformistische Beitrag zu dieser politischen Aufgabe „sozialfaschistisch“ genannt werden.

Verzichtet man auf einen solcherart entleerten Begriff von Faschismus und versucht stattdessen, seinen Inhalt aus einer empirischen Verarbeitung seiner historischen Erscheinungsformen zu gewinnen, die auf seine wesentlichen Merkmale und vor allem seine zentrale Funktion abhebt, zerstört sich die Konstruktion eines Sozialfaschismus-Begriffs von selbst, weil sich die faschistische Diktatur im Rahmen 41) a. a. O., S. 188

der Kontinuität bürgerlicher Herrschaft zur reformistisch gestützten Regierungsform gerade *diskontinuierlich* verhält. Empirisch kündigt sich diese Tatsache in der Ablösung des quasi arbeitgemeinschaftlichen Kabinetts der Großen Koalition durch eine Regierung an, die gerade deshalb nicht mehr parlamentarisch, sondern nur noch präsidentiell legitimierbar ist, weil die Sozialdemokratie vom Geschäft des Regierens ausgeschlossen werden soll. Man darf also gespannt sein, aus welchen historischen Quellen von Plato demonstrieren will, wie eine Kombination gesellschaftlicher Kräfte, die ihren Zusammenhalt auf der politischen Ebene gerade zu Lasten des Reformismus eingeübt hat, als Arbeitsgemeinschaft zwischen reformistischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden unmittelbar weiterregieren kann.

Die Existenz von Arbeitsgemeinschaften und die Bereitschaft der Gewerkschaften, in diesen mit den Vertretern des Kapitals zusammen Lohnsenkungen auszuhecken, versucht unser Autor mit Hilfe zweier literarischer Zeugnisse zu belegen, die eine nähere Untersuchung notwendig machen (42).

Um zu beweisen, daß dieselben Gewerkschaftsführer, die vor 1928 für eine Erhöhung der Massenkaukraft eingetreten seien, „nach 1928 umgekehrt argumentierten“, d. h. Lohnsenkungen forderten (43), führt von Plato einzig und allein einen Aufsatz aus der ‚Arbeit‘, dem theoretischen Organ des ADGB, ins Feld. Darin untersucht G. Colm (44) die Ursachen der Arbeitslosigkeit, indem er in völlig kapitalismus-immanenter Weise diejenigen Kostenfaktoren durchgeht, die seiner Ansicht nach einer erneuerten Rentabilität der Produktion und damit der Einstellung von Arbeitslosen im Wege stehen. Von Plato gibt nun die Ansicht dieses Autors wieder, die Ursache der Arbeitslosigkeit liege „in der *gleichzeitigen* Höhe von Lohn und Zins“ und zitiert eine Überlegung, die die Rentabilität der Produktion bei gegebener Lohnhöhe bezweifelt, wenn man nur den „bestehenden Produktionsapparat“ als Aufnahmereservoir für die Arbeitslosen in Betracht zöge (45). Von diesen aus

- 42) Daß wir damit immer noch nicht zur Praxis der SPD kommen, verdanken wir v. Plato, weil er den zentralen Vorwurf an diese Praxis nicht mit realen Vorgängen dokumentiert, sondern nur mit literarischen Behauptungen über diese Praxis belegt.
- 43) Diese Einteilung in eine Periode vor 1928 und eine nach 1928 entspricht zwar der Periodisierung der Entwicklung der Sozialdemokratie, wie sie die Komintern auf ihrem VI. Weltkongreß vorgenommen hat, keineswegs aber den historischen Tatsachen. Denn gerade nach 1930 wurde die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen zur Krisenbekämpfung besonders eifrig propagiert (vgl. die in Anm. 36 und Anm. 44 angeführte Literatur).
- 44) Im übrigen setzt sich die Schriftleitung der ‚Arbeit‘ in einer Anmerkung ausdrücklich von der Auffassung Colms ab und verweist darauf, daß der „Standpunkt der freien Gewerkschaften zu diesem Fragenkomplex“ in einer besonderen Schrift entwickelt sei (Wirtschaftslage, Kapitalbildung und Finanzen, Berlin 1930 hrsg. von ADGB, AfA und ADB). Diese Schrift fordert insbesondere verstärkte Kapitaleinfuhr und verstärkte „Kapitalbildung der unteren Einkommenschichten, der Sozialversicherung und der öffentlichen Hand“ (S. 32 f.). Daß dies unvereinbar ist mit Lohnsenkungen, wird mehrfach betont (S. 21, S. 32). Die Gewerkschaften wenden sich damit im Interesse der Arbeiter und Angestellten wie „im Interesse der Gesamtwirtschaft“ explizit gegen den „Versuch, eine beschleunigte Kapitalbildung auf dem Wege des Lohndruckes, d. h. durch Einschränkung der Massenkaukraft zu erreichen.“ (S. 65)
- 45) G. Colm, Lohn, Zins – Arbeitslosigkeit, in: Die Arbeit, 7. Jg. 1930, S. 241 ff., hier S. 243 und 244. V. Plato zitiert beide Stellen (S. 187 bzw. 188), unterschlägt dabei

ihrem Zusammenhang gelösten Zitaten schließt von Plato kurzerhand, Colm forde- re, um die Produktivität zu erhöhen, den Abbau der Massenkaukraft, d. h. Lohn- senkungen. Da dies der einzige Beleg für den so schwerwiegenden Wandel der reform- mistischen Lohnpolitik zur „sozialfaschistischen“ Vertretung von Kapitalinteressen ist, kann es nicht übertrieben pedantisch erscheinen, auf die eigentliche Intention des zitierten Autors hinzuweisen. Weil Colm „unter sozialem wie auch unter wirt- schaftlichem Gesichtspunkt“ eine Reallohnsenkung für unvertretbar hält (46), plädiert er gerade für die Erleichterung von Neuinvestitionen in Produktionsanlagen, die s. E. bei zumindest gleichem Lohnniveau rentabel und weltmarktfähig produ- zieren könnten. Er sieht daher die Wirtschaftspolitik „am Scheideweg, entweder Zinssenkung oder Lohnsenkung zu wollen“ und propagiert zur Unterstützung „der gegenwärtigen Lohnhöhe und der sozialen Leistungen der öffentlichen Hand“ eine Verbilligung des Zinssatzes auf dem Kapitalmarkt, nicht ohne anzumerken, daß die Entscheidung darüber weitgehend „eine Machtfrage (sei), die nicht nur auf wirt- schaftlichem Gebiet ausgefochten wird“ (47).

Das Problem der Vorstellung einer kreditpolitischen, also lediglich monetären Behebung der Reproduktionsschwierigkeiten im Weltmaßstab steht hier nicht zur Debatte. Wichtig ist allein, daß Colm als quasi keynesianischer Krisentheoretiker nicht zum Kronzeugen der Sozialfaschismus-Theorie taugt, weil er genau das *nicht* fordert, was von Plato ihm in den Mund gelegt hat: den nackten Lohnabbau oder gar die „terroristische Durchsetzung der Kapitalinteressen gegen die Arbeiterklas- se“ (48).

5. Das zweite Beweisstück für die angebliche Neu-Begründung einer Politik der Arbeitsgemeinschaften erweist sich als zumindest ebenso problematisch wie der Kronzeuge Colm. Denn die *praktische* Existenz der Arbeitsgemeinschaften will erst einmal bewiesen sein. Ihre Entdeckung wäre eine echte historische Pionierleistung da sie bisher allen Historikern der deutschen Arbeiterbewegung, einschließlich ihrer zeitgenössischen Chronisten, entgangen ist.

Die Quelle, aus der von Platos Erkenntnis sprudelt, ist ein Artikel der Inter- nationalen Pressekorrespondenz, der seinerseits einen Artikel zitiert, welcher Anfang

allerdings die für ein richtiges Verständnis unabdingbaren Hervorhebungen im Text. Auf- fällig ist, daß auch H. Heer, a. a. O., S. 30 Colms Aufsatz als einzigen Beweis für die These nimmt, in der „Arbeit“ sei offen die „Theorie des Lohnabbaus“ vertreten worden.

46) Colm, a. a. O., S. 245

47) Colm, a. a. O., S. 246

48) v. Plato, S. 188. F. David, der unter dem Titel „Bankrott des Reformismus“ die Entwick- lung der Sozialdemokratie viel genauer untersucht hat, als v. Plato es tut (ohne allerdings durchgehend unangreifbare Resultate zu erzielen), wirft im Untertitel seiner Abhandlung (Berlin 1932, reprint Erlangen 1970) den ADGB-Gewerkschaften ganz richtig ihre „Preis- gabe der Lohnkampfes“ vor und keineswegs die aktive Beteiligung an einer terroristisch erzwungenen Verschärfung der Ausbeutung, wie v. Plato es beabsichtigt. Zu einem ähnli- chen Ergebnis kommt ein zweiter Komintern-Autor, R. Palme Dutt, der der SPD zu Recht „die passive Hinnahme jeder Entwicklungsstufe auf dem Wege zum vollendeten Faschismus“ vorwirft (in: Faschismus und soziale Revolution, Frankfurt a. M., 1972, S. 120. Bei dieser Ausgabe handelt es sich um die deutsche Übersetzung des 1934 in London erschienenen Buches „Fascism and Social Revolution“).

Juni 1930 in der Deutschen Allgemeinen Zeitung (DAZ), damals noch publizistisches Sprachrohr des Stresemann-Flügels der deutschen Industrie, erschienen ist. Hier ist von „Bestrebungen“ die Rede, eine neue „Gemeinschaft zu schaffen, die für die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern in der Volkswirtschaft alle Störungsmomente möglichst ausschaltet, insbesondere die Gefahr von Arbeitskämpfen auf ein Minimum reduziert“ (49). Von Plato nimmt diesen Artikel, der überhaupt nicht von einer *bestehenden* Institution spricht, sondern lediglich die frommen Wünsche und dahinterstehenden Interessen einer bestimmten Kapitalgruppierung ausdrückt, als Beweis für die Sache, ohne sich um eine Bestätigung der tatsächlichen Existenz der behaupteten „Organe“ (50) einer friedlich-schiedlichen Klassenzusammenarbeit durch wirklich beweiskräftige Dokumente zu bemühen.

Zu seinem Unglück haben solche Zentralen Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmerverbänden und ADGB-Führung in der Endphase der Weimarer Republik niemals existiert. Ein kurzes Durchdenken der historischen Situation hätte von Plato immerhin Zweifel nahelegen müssen, ob die Gewerkschaften, die zwei Monate zuvor die SPD-Führung gezwungen hatten, als Antwort auf die sozialpolitische Erpressung des schwerindustriellen DVR-Flügels die Große Koalition aufzugeben und aus der Regierung auszutreten (51) irgendeinen Grund haben konnten, sich auf eine Neuauflage der 1924 endgültig geplatzten Zentralen Arbeitsgemeinschaft einzulassen. Die Brüning-Memoiren bestätigen denn auch, daß der in dem zitierten DAZ-Artikel zum Ausdruck kommende Versuch nur von christlichen Gewerkschaftern getragen war, im übrigen von „kaum“ einer der großen Wirtschaftsgruppen . . . auch nur die geringste Unterstützung“ erfuhr und sehr schnell von der rheinisch-westfälischen Großindustrie unter Führung von Thyssen, also gerade vom pro-faschistischen Flügel des deutschen Kapitals, zu Fall gebracht wurde (52).

Weder für die Kapitaleseite noch für den ADGB war angesichts der sich extrem zuspitzenden sozialpolitischen Auseinandersetzungen um die Krisenfolgen, die den sich zusehends aufzehrenden Konzessionsspielraum der „Sozialpartner“ deutlich anzeigten, ein Rückkehr zur Politik der Arbeitsgemeinschaften denkbar. Was von Plato entdeckt hat, ist also niemals zustandekommen und konnte unter den damaligen Verhältnissen auch niemals zustandekommen, weil es für die reformistische Führung in Spitzenverhandlungen mit einem an den Rand seiner Reproduktionsfähigkeit gedrängten Kapital nichts zu holen gab, was in den Augen der Gewerkschaftsmitglieder auch nur den Versuch von Verhandlungen gerechtfertigt hätte. Ebensovienig sahen die Vertreter des Kapitals einen Sinn darin, der Gewerkschaftsführung eine Gegenleistung für die Domestizierung der Arbeiterklasse anzubieten,

49) v. Plato, S. 189 (Imprekorr Nr. 48, 1930, S. 1096)

50) So auf S. 184. Daß mit diesen Arbeitsgemeinschaften feste und konstant bestehende Organisationen gemeint sind, zeigt auch die Behauptung auf S. 182, die „Spitzenvertreter der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften“ seien zusammengetreten, „um zentrale Arbeitsgemeinschaften zu bilden“.

51) Die ausführlichste Darstellung dieses Vorgangs ist immer noch die von H. Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930, Düsseldorf 1952. Trotz einer „pluralistisch“ ausgewuchteten Darstellung kommt hier die Zwangslage der SPD deutlich zum Ausdruck; vgl. insb. S. 129 ff.

52) H. Brüning, Memoiren 1918–1934, Bd. 1 (dtv-Ausgabe), München 1972, S. 186

die sie mit Hilfe der Präsidialdiktaturen – unter Ausschaltung des Parlaments – bzw. durch die faschistische Diktatur – unter Ausschaltung der Organisationen der Arbeiterbewegung – viel gründlicher und billiger gewährleisten zu können glaubten.

Die objektive Unmöglichkeit von Arbeitsgemeinschaften zu dieser Zeit wird sehr gut illustriert durch den Ausgang eines viel bescheideneren Versuchs der Brüning-Regierung, Gewerkschaften und Großkapital auch nur zur deklamatorischen Unterstützung der staatlichen Deflationspolitik und damit zu einem gemeinsamen Krisenüberwindungsbekanntnis zusammenzubringen. Das faktische Scheitern des Wirtschaftsbeirats beim Reichpräsidenten im Oktober 1931 (53), gegen dessen Leitsätze der ADGB sogleich protestierte, weil sie weder auf Arbeitsbeschaffungspläne der öffentlichen Hand eingingen, noch dem Mißverhältnis von Lohn- und Preissenkungen entgegenwirkten (54), wurde von Kapitalseite schon deshalb begrüßt, weil sie auch dem kleinsten Hauch von Arbeitsgemeinschaftsdenken entgegenwirken wollte (55) und sich einen offiziellen Wirtschaftsbeirat nur in einer Zusammensetzung vorstellen konnte, die „überwiegend aus wohlunterrichteten, erfahrenen Wirtschaftsführern“ bestand (56). Daß ein solcher Wirtschaftsbeirat in Deutschland erst nach 1933 Realität wurde, zeigt vollends die Unvereinbarkeit von faschistischer Diktatur und reformistischer Arbeitsgemeinschaftspolitik, die von Plato in seinem Sozialfaschismus-Begriff zu leugnen versucht.

V. Reformistische Praxis am Ende der Weimarer Republik

1. Um die praktischen Resultate der erwiesenermaßen gar nicht existierenden Arbeitsgemeinschaften vorzuführen, stützt sich von Plato im wesentlichen auf inkongruentes Material, d. h. Belege sozialdemokratischer Schlichtungstätigkeit, Eingriffe in Streikbewegungen usw., die sich in der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung konzentriert haben (57).

- Hier soll keineswegs bestritten werden, daß führende Sozialdemokraten sich
- 53) Vgl. K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 2. Auflage Stuttgart und Düsseldorf 1957, S. 438 ff. Sehr aufschlußreich auch die Brüning-Memoiren (Bd. 2, S. 483 ff.), in denen die äußerst begrenzte Zielsetzung dieses Beirats deutlich herauskommt: „Den ursprünglichen Zweck des Reichswirtschaftsrates konnte dieser schon längst nicht mehr erfüllen“, sein „wesentliches Ziel“ sei die Durchsetzung Hindenburgs als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl 1932 gewesen. Zu diesem Zweck mußte dieser „einem größeren Kreis einflußreicher Persönlichkeiten aller Parteien, die in irgendeiner Form in der Wirtschaft standen, im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte vorgeführt werden.“ (S. 483)
 - 54) Vgl. Bracher, a. a. O., S. 440
 - 55) Vgl. den Brief von Dr. Brandt an einen Vertreter der DAZ, in dem dieser als Vertreter der schwerindustriellen Aktionäre dieser Zeitung sich ausdrücklich gegen Begriff und Idee der „Arbeitsgemeinschaft“ wendet, welche in der Diskussion um den Wirtschaftsbeirat teilweise erneut beschworen worden war (zitiert bei F. Klein, Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie, in: Von Weimar zu Hitler, hrsg. von G. Jasper, Köln-Berlin 1968, S. 145 f.)
 - 56) F. Klein, a. a. O., S. 145
 - 57) v. Plato, S. 189 ff., S. 196 ff.

auch nach 1930 an stattlichen Schlichtungsverfahren beteiligt haben, die zu Lohnsenkungen führten. Aber da, wo eine solche Beteiligung überhaupt noch möglich war (von Plato bringt ausschließlich Fälle in Preußen, wo die Sozialdemokratie bekanntlich bis Mitte 1932 die Regierung geführt hat), handelte es sich in reformistischer Sicht um Einwirkungen stellvertretend für nutzlose Streikaktionen wenigstens das Ausmaß lohn- und sozialpolitischer Einbußen begrenzen sollte, wie sie ohne Schlichtungsverfahren zustande gekommen wären. Daß einer solchen passiven Unterwerfung unter die Krisenlösungsstrategie des Kapitals ein typisch reformistischer Fatalismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft und ihren Krisenwirkungen zugrundeliegt, ist klar. Ebenso klar sollte allerdings sein, daß eine sozialdemokratische Beteiligung an den ökonomischen Funktionen des Staates sich den maßgeblichen Vertretern des deutschen Großkapitals seit 1930 als Hindernis auf dem Wege zu einer Krisenlösung in ihrem Sinne darstellen mußte, das es mit allen, einschließlich verfassungswidrigen Mitteln aus dem Wege zu räumen galt. Von Papens Staatsstreich mußte von Plato demnach veranlassen, die Frage zu stellen, warum die verfassungsmäßige preußische Regierung aus dem Amt gejagt wurde, wo sie doch alles dafür getan hatte, die Strategie des Kapitals gegen die Arbeiterklasse erfolgreich und reibungslos durchzusetzen. Die von ihm selbst als äußerst riskant angesehene Aktion der Reichsregierung gegen die letzten Positionen des Reformismus hätte ihm klarmachen müssen, daß der Reichsregierung und den hinter ihr stehenden Kräften nur eine gewichtige politische Sache ein solches Risiko wert sein konnte.

Von Plato kann bezeichnenderweise nicht ein einziges Beispiel von historischer Gültigkeit dafür anführen, daß die Sozialdemokratie auf die Präsidialdiktaturen aktiv im Sinne einer Verschärfung der wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf Kosten der Arbeiterklasse eingewirkt hätte. Die zentralen Entscheidungen fielen notwendig ohne ihre Beteiligung, denn das war der Sinn der Beendigung der Großen Koalition. Wie von Plato selbst schreibt, konnten die reformistischen Führer gegenüber der Regierung immer nur und zumeist nachträglich in der Rolle von „Bittstellern bei einer Behörde“ auftreten (58). Diese Beschreibung wird den verhängnisvollen Auswirkungen reformistischer Politik viel eher gerecht als ein faschismusblinder Sozialfaschismus-Verdacht, denn damit wird adäquate Auskunft über die Ohnmacht und notwendige Passivität des Reformismus seit 1930 gegeben. Man muß den deutschen Reformismus mitverantwortlich für die faschistische Diktatur machen, weil er

58) Den Ausdruck übernimmt v. Plato (S. 207) von E. Matthias, a. a. O., S. 110. Der einzige konkrete Fall, für den v. Plato aufgrund einer Vermutung in der RGO-Zeitung „Betrieb und Gewerkschaft“ eine direkte und aktive Beteiligung der SPD-Führung unterstellt (S. 208: „Wahrscheinlich kam die 4. Notverordnung sogar in Geheimverhandlungen zwischen ADGB-Führern, Unternehmerverbänden und Staatsorganen zustande“), wird durch die Brüning-Memoiren eindeutig und glaubwürdig widerlegt. Brüning war nämlich um der Wirkung dieser besonders drastischen Notverordnungen willen darauf angewiesen, deren Inhalt bis zu ihrer Inkraftsetzung strikt geheimzuhalten (vgl. Memoiren, Bd. 2, S. 484, S. 502). V. Plato verkennt mit seiner Behauptung gerade das Wesen eines Regimes „fachmännischer Bürokraten“, dessen Durchlagskraft im Sinne einer kapitalistischen Konsolidierung gerade an die strikte Einhaltung seiner *formal* klassenjenseitigen Stellung gebunden ist. Vgl. dazu die Überlegungen von O. Kirchheimer, *Legalität und Legitimität*, in: *Politische Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1967, S. 26 f.

die Arbeiterbewegung sowohl von einer adäquaten Einschätzung der faschistischen Gefahr als auch von einer Vorbereitung zu ihrer Abwehr erfolgreich abzuhalten geholfen hat. Und das im Namen einer parlamentarisch-demokratisch beschränkten Strategie, die das Gegenteil von dem bewirkt, was sie zu erreichen beanspruchte, weil sie mit den falschen Mitteln und den falschen Bündnispartnern für das jeweils gerade nicht mehr erreichbare Ziel eintrat (59). Daß sich die deutsche Sozialdemokratie zum aktiven Bestandteil einer Kapitaldiktatur faschistischen Typs aber zuallerletzt eignete, erkannten die maßgeblichen Herren des deutschen Großkapitals seinerzeit viel schärfer als die Theoretiker des Sozialfaschismus von damals und heute. Dies läßt sich am Schicksal der Pläne des Generals von Schleicher, die Krise der Weimarer Republik auf „pluralistische“ Weise aufzulösen, nachdrücklich aufzeigen.

2. Von Plato wird durch seine Sozialfaschismus-Prämisse gezwungen, diese entscheidenden Vorgänge in der Entwicklung zur faschistischen Diktatur in Deutschland einfach beiseite zu lassen. Der einzige Versuch nach 1930, so etwas wie eine aktive Beteiligung der reformistischen Kräfte der Arbeiterbewegung erneut herbeizuführen, war die Bemühung von Schleichers, eine sogenannte „Querfront“ hinter den quasi keynesianischen Arbeitsbeschaffungsplänen Gerekes zustandezubringen. Dieser Versuch hat nach dem gegenwärtig möglichen Erkenntnisstand ganz wesentlich und unmittelbar dazu beigetragen, alle maßgeblichen Industriefraktionen hinter dem faschistischen „Experiment“ der Hitler-Papen-Regierung zu versammeln (60). Allein die drohende Einbeziehung der reformistischen Interessen in ein Konzept, das die Agonie der Weimarer Republik durch Etablierung einer von der Reichswehr garantierten zwangpluralistischen Staatsgewalt beenden sollte, mußte die damalige Abneigung der Kapitaleseite gegen jede arbeitgemeinschaftsähnliche Lösung der ökonomischen und politischen Krise bis zu dem Reizpunkt verschärfen, an dem sie bereit war, die staatliche Macht an die faschistische Partei zu übertragen (60a).

Inwieweit die Konzeption Schleichers und Gerekes auf nahezu unlösbare ökonomische Schwierigkeiten gestoßen wäre und nach einem raschen Abwirtschften ebenfalls der faschistischen Lösung Raum gegeben hätte, ist hier nicht zu erörtern oder gar zu entscheiden. Für die Kritik an von Plato bleibt festzuhalten, daß seine auf den Sozialfaschismus-Beweis fixierte Betrachtungsweise weder die objektiven Schwierigkeiten erkennen kann, die einer Arbeitgemeinschaft von seiten des Großkapitals wie von seiten der reformistischen Arbeiterbewegung im Weg standen, noch

59) Vgl. dazu meine Kennzeichnung des Versagens der SPD in Prokla 8/9, S. 106 f.

60) Vgl. dazu die Erinnerungen von G. Gereke, Ich war königlich-preußischer Landrat, Berlin (DDR) 1970, S. 195–224, insb. 215 ff. und A. Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt a. M. 1973, der als zweite wichtige Vorbedingung dieser politischen Konzentration seitens des Großkapitals die Einigung über das agrarpolitische Konzept hervorhebt (S. 78 ff.)

60a) Auf die Schwierigkeiten der Gewerkschaftsführung, eine Beteiligung an der „Querfront“ durchzusetzen, weist H. Heer, a. a. O., S. 82 ff., hin. Indem er diese Schwierigkeiten auf die Abhängigkeit der Führung von der Zustimmung der breiten Massen der gewerkschaftlichen Mitglieder zurückführt (S. 88), betont er einen wichtigen Punkt, den v. Plato in seiner Untersuchung praktisch ganz vernachlässigt.

auf empirischer Ebene imstande ist, die Rolle des Reformismus als aktiver Träger faschistischer Teilfunktionen vor Etablierung der NS-Diktatur zu beweisen.

3. Um den Sozialfaschismus-Vorwurf zu begründen, bleibt damit nur noch die in der Tat für die Arbeiterbewegung katastrophale Kapitulation des Reformismus und ihre partielle „Akkomodation an den Nationalsozialismus“, die nach Flechtheim einen „Tiefpunkt sozialdemokratischer Kompromißpolitik“ darstellt (61).

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Kapitulation des Reformismus, die im Grunde schon mit dem Verzicht auf Widerstand gegen den Preußen-Streich der Papen-Regierung am 20. Juli 1932 vollzogen ist, der Arbeiterbewegung angesichts der faschistischen Bedrohung den entscheidenden Schlag versetzt hat (62). Der Preußen-Streich macht aber auch deutlich, daß die SPD schon während der Brüning-Zeit zunehmend und nun vollends von einer tolerierenden zu einer tolerierten Partei geworden ist (63). Weder unterlassener Widerstand noch mißglückte Anpassung können die Theorie vom Sozialfaschismus unterstützen, wenn man nicht einen kampfflos beiseitretenden Gegner zu einem Werkzeug und Garanten der faschistischen Diktatur erkennen will, wie von Plato es tut.

Allerdings muß die im Vergleich mit der SPD-Führung deutlich stärkere opportunistische Einstellung der ADGB-Spitze zur faschistischen Diktatur, auf die sich von Plato für die Zeit der Konsolidierung des NS-Regimes konzentriert, genauer untersucht werden.

Das Bestreben, die bloße Haut der Organisation auf Kosten politischer Prinzipien zu retten, das bei den Gewerkschaften nur deshalb deutlicher zu verzeichnen ist, weil diese durch die NS-Diktatur längere Zeit über ihr endgültiges Schicksal im unklaren gelassen wurden als die sozialdemokratische Partei, kann dabei nur als eigenständiger „Sündenfall“ des Reformismus erscheinen, wenn man von der grundsätzlichen reformistischen Prämisse absieht, derzufolge die Organisation für sich auch unter den widrigsten Umständen zu erhalten und ihre Existenz auch nicht durch politischen Kampf aufs Spiel zu setzen sei (63a). Ohne bestreiten zu wollen, daß Leipart und Kollegen versucht haben, die Anerkennung des ADGB als loyaler Vertretung der deutschen Arbeiter mit dem Versprechen einer völligen Entpolitisierung zu erkaufen, ist deshalb die Bewertung dieses Vorgangs bei von Plato in drei-

61) O. K. Flechtheim, Die Anpassung der SPD 1914, 1933 und 1959, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 17. Jg. 1965, S. 589

62) So v. Plato, S. 212

63) F. Neumann, The Decay of German Democracy, in: The Political Quarterly, Vol. IV, Nr. 4, London 1933, S. 538

63a) Diese Haltung nach dem 30. Januar 1933 ist gründlich dokumentiert bei L. J. Edinger, German Social Democracy and Hitlers „National Revolution“ in 1933, in: World Politics, Vol. V, insb. D. 352 ff. und bei H. G. Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover und Frankfurt a. M. 1958, insb. S. 56 ff. Im einzelnen läßt sich sogar nachweisen, daß die SPD-Führer versucht haben, ihre Organisation dadurch vor dem Verbot zu retten, daß sie in ihrem verbliebenen Machtbereich die KPD besonders eifrig bekämpften. Für Hamburg berichtet dies F. W. Witt, a. a. O., S. 167 f. Vgl. auch K. Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Düsseldorf 1966, S. 468. Auch solche Handlangerdienste konnten natürlich die faschistischen Machthaber nicht von der Tauglichkeit der Sozialdemokratie als einem Werkzeug ihrer Diktatur überzeugen.

facher Hinsicht zu korrigieren.

Zum ersten ist das Fazit von Platos, hinter der „Legende“ von der Zerschlagung der Gewerkschaften verberge sich in Wirklichkeit eine „bewilligte Vereinheitlichung des ADGB mit der NSBO zur deutschen Arbeiterfront (DAF)“ angesichts der wirklichen Vorgänge nicht haltbar (64). Unter den mit dem 30. Januar 1933 eingetretenen politischen Machtverhältnissen kann von einem durchsetzungsfähigen „Willen“ einer reformistischen ADGB-Führung natürlich keine Rede mehr sein (65), schon gar nicht von einer „Vereinheitlichung“ zweier Organisationen, von denen die eine die andere zuvor beraubt hat (66).

Zum zweiten ist das verselbständigte Interesse an der Erhaltung ihrer Organisationen, um die es der Gewerkschaftsführung in ihren Kapitulationsverhandlungen tatsächlich in erster Linie ging, nur vor dem Hintergrund der in der reformistischen Arbeiterbewegung ebenso wie in der KPD verbreiteten Einschätzung zu verstehen, der Zusammenbruch des Hitler-Regimes sei nur eine Frage der Zeit, weil die NS-Diktatur die Wirtschaftskrise auch nicht erfolgreich beenden könnte.

Diese Vorstellung, mit Hilfe der erhaltenen formalen Organisationsstrukturen auch die gewerkschaftliche Potenz durch die „schlimmsten Zeiten“ hindurch retten zu können – und von Plato kann seinen Sozialfaschismus-Vorwurf für die Zeit nach der sogenannten Machtergreifung nur auf diese subjektiven Ebene etablieren – war aber nur die Fortsetzung der verfehlten Faschismus-Analysen, welche die Geschichte des Versagens und der schließlichen Kapitulation des Reformismus vor der NS-Diktatur geradezu trabantenhaft begleiten. Diese konnten zwar die faschistische Bewegung als Folge der ökonomischen und politischen Krise begreifen, nicht aber den Faschisierungsprozeß aus der gesamtgesellschaftlichen Konstellation der Klassenkräfte als eine objektive Entwicklungstendenz erkennen, die auch die Existenz der reformistischen Organisationen zu vernichten drohte. Auf der Ebene der objektiven Analyse entscheidet sich aber auch allein die theoretische Angemessenheit und Aussagekraft des Sozialfaschismus-Vorwurfs.

Deshalb erhellt zum dritten schon die Antwort auf die Frage, warum am 2. Mai 1933 die schon zuvor nicht mehr „Freien“ Gewerkschaften zerschlagen wurden, daß selbst das Angebot entpolitisierter Organisationen der Arbeiterklasse mit

64) v. Plato, S. 194

65) Würde man die Kriterien v. Platos anlegen, müßte man beispielsweise auch die Auslieferung der tschechischen Republik an das Dritte Reich im Frühjahr 1939 als von Präsident Hacha „bewilligte Vereinheitlichung“ beider Staaten betrachten. W. Abendroth spricht in seinem Vorwort zu H. G. Schumanns Arbeit deshalb zutreffend im doppelten Wortsinne von der „Unterwerfung“ des ADGB (a. a. O., S. 3)

66) So die Kennzeichnung dieses Vorgangs bei F. Neumann, Die Gewerkschaften im faschistischen Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialismus, 1. Jg. 1933/34, S. 126 f. Vgl. auch die Formulierung von R. A. Bradey, The Spirit and Structure of German Fascism, New York 1937, S. 122, der davon spricht, daß die DAF aufgebaut wurde „upon the ruins of the former trade unions“. Beide Autoren zeigen im übrigen, daß man das Verhalten der Gewerkschaftsführung mit aller Schärfe kritisieren kann, ohne daraus ein falsches Bild über die Entstehung der DAF und ihre eindeutige Diskontinuität zum ADGB zu gewinnen.

der faschistischen Diktatur unvereinbar gewesen ist (67). Nicht einmal die offen zum Faschismus überlaufenden einzelnen Funktionäre können damit erweisen, was die Sozialfaschismus-These in ihrem begrifflichen Kern behauptet: die Tauglichkeit des reformistischen „Apparates“ und seiner Führung als Teil oder Instrument faschistischer Herrschaft. Die subjektive Unterwerfungsgeste der ADGB-Führung kann die faschistischen Machthaber und die Interessenten ihrer Diktatur nicht dazu bringen, die Artikulation auch nur begrenzter gewerkschaftlicher Interessen zu riskieren, die sich früher oder später gegen die extremen Ausbeutungsbedingungen und ihre politischen Garanten richten mußte, statt sich ganz auf die terroristische Unterdrückung der Arbeitklasse zu verlassen, was die Liquidierung ihrer Organisationen voraussetzt. Deshalb mag die opportunistische Unterwerfung von reformistischen Führern einiges über die Interessen und die daraus erzeugten Illusionen von „Arbeiterbürokraten“ aussagen, zur Erhärtung der Sozialfaschismus-Theorie kann sie schon aus methodischen Gründen nichts beitragen.

VI. Das Problem der subjektiven und objektiven Beweis-Ebene

1. Damit hat sich gezeigt, daß von Platos Vorhaben nicht zuletzt deshalb scheitern muß, weil er sich im Grunde nicht entscheiden kann, auf welcher Ebene die sozialfaschistische Qualität der reformistischen SPD zu demonstrieren ist. Wählt er die *subjektive Ebene* – und die meisten seiner Anläufe zu einer Beweisführung setzen auf dieser Ebene an – so scheitern alle Hinweise auf den „Verrat“ der reformistischen Führer daran, daß diese in der Mehrzahl bis zum 30. Januar 1933 und zum Teil noch darüberhinaus die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten und damit subjektiv absolut ehrlich die objektiv arbeiterfeindlichen Maßnahmen des Staates im Interesse der Abwehr bzw. der Überwindung der faschistischen Gefahr hinnehmen zu müssen glaubten. Ihr Verhalten lag dann auf der Linie einer falschen und illusionsträchtigen Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit und ihres eigenen Handlungsspielraums, den sie natürlich durch eine Kette auseinander folgender und subjektiv ebenso aufrichtiger Entscheidungen sukzessive eingeengt hatten. Natürlich kann und muß man im Rahmen einer kritischen Untersuchung der Geschichte der Arbeiterbewegung daraus eine stringente und prinzipielle Kritik des Reformismus *als Reformismus* zu entwickeln versuchen. Diese hat von der Tatsache auszugehen, daß ein in seine politischen Prinzipien irreversibel verstrickter Reformismus in der Arbeiterbewegung in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft zu einem Bankrott führen muß, der unter den damaligen Umständen mit einer kampflosen Kapitulation vor der faschistischen Diktatur identisch war. Wer aber diesen Reformismus auf der subjektiven Ebene als Sozialfaschismus erkennt, kann ihn gar nicht mehr als einen Teil der wirklichen Arbeiterbewegung ernst nehmen und zu seiner Überwindung beitragen.

Trotzki, und darin liegt der Kern seiner zutreffenden Kritik an der Sozialfaschismus-Theorie der Komintern, hält diese Methode, mit deren Hilfe allenfalls eine moralische Verurteilung der Sozialdemokratie begründet werden kann, für eine

67) So auch R. Palme Dutt, a. a. O., S. 172; vgl. F. Neumann, a. a. O. (ZfS), S. 126

idealistische. Die richtige Methode des Marxismus haben demgegenüber nicht davon auszugehen, „was die Menschen über sich denken und was sie wünschen, sondern vor allem davon, unter welche Bedingungen sie gestellt sind und wie sich diese Bedingungen verändern werden“ (68). Auf die Frage, was geschehen werde, wenn die Sozialdemokratie versuchen würde, sich von Hitler ihre Duldung zu erkaufen, antwortet Trotzki dementsprechend im September 1932: „Der Faschismus braucht diese Ware nicht; er braucht nicht Duldung, sondern Abschaffung der Sozialdemokratie“ (69). Weil Trotzki aus der Analyse der reziproken Funktion von Reformismus und Faschismus für die bürgerliche Herrschaft deren Unvereinbarkeit erkennt und daher die Sozialfaschismus-Theorie verwerfen muß, stößt die ganze Kritik von Platos an Trotzki's Auffassung ins Leere, insofern sie diesem lediglich vorwerfen kann, diese und jene anti-revolutionäre theoretische Begründung sozialdemokratischer Handlungen übersehen zu haben. Daß der Reformismus beständig gegen die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse handelt, kann aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß ihm in Gestalt des Faschismus nicht eine beliebige politische Konkurrenz, sondern eine tödliche Bedrohung erwachsen ist. Denn der Faschismus will sich für immer an die Stelle der Sozialdemokratie als Garant einer aktiven oder passiven Massenbasis des bürgerlichen Regimes setzen und kann diese seine Funktion nicht erfüllen, ohne sämtliche Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen (70).

Wer diese Unvereinbarkeit nicht begreift und nicht in Rechnung stellt, daß die Sozialdemokratie als Partei der Mehrheit der Arbeiter, die sie bis zum Ende der Weimarer Republik gewesen ist, qualitativ andere Mittel zur Stabilisierung ihres Massenanhangs benötigt als die faschistische Partei, nämlich materielle Gratifikationen oder zumindest subjektiv glaubwürdige Nachweise dafür, daß sie materielle Nachteile für die Arbeiterklasse, die andere durchzusetzen versuchen, verhindern oder beschränken kann, hat den Reformismus seiner Wirkungsweise nach nicht begriffen. Genau dies stellt sich sehr deutlich heraus, wenn wir betrachten, wie von Platos abschließender Versuch scheitert, seine Sozialfaschismus-These auf der objektiven Ebene begrifflich widerspruchsfrei zu entwickeln.

2. Am Schluß seiner Untersuchungen gelangt von Plato zunächst zu einer Definition des Sozialfaschismus, die den Reformismus nur noch als „Wegbereiter“ des Faschismus bezeichnet. Realistisch würdigt er hier auch den *qualitativen* Unterschied zwischen den Präsidialregimen und der NS-Diktatur, erst recht zwischen dieser und der „Herrschaft der damaligen Sozialdemokratie“. Was bleibt ihm also gegen Autoren einzuwenden, die wie Trotzki und Thalheimer die Sozialfaschismus-These entschieden zurückweisen? Diese hätten vergessen, meint von Plato, „daß die SPD- und ADGB-Führung alles taten, um diesen qualitativen Unterschied verschwinden zu lassen“. Damit ist die These auf die Ebene subjektiver Absichten zurückgezerrt, auf der sie so wenig zutrifft, wie sie objektiv etwas beweist. Denn nun ist doch die Frage zu stellen: haben diese Herren es geschafft, den qualitativen

68) Trotzki, Der-einzig-e Weg, in: Schriften über Deutschland, Bd. 1, S. 364

69) Trotzki, a. a. O., S. 363

70) Vgl. Prokla 8/9, S. 109

Unterschied verschwinden zu lassen, der die reformistische von der faschistischen Herrschaft trennt? Von Plato gibt die Antwort: sie haben es nicht geschafft, weil die Basis das nicht zugelassen hat: „Die meisten SPD-Führer blieben auch dann sozialfaschistisch, als wegen des Widerspruchs ihrer Mitglieder sie allein nicht die letzten Mittel der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen einsetzen konnten“ (71).

Trotz der Unsinnigkeit dieser Behauptung ist hier doch die Stelle erreicht, an der von Plato die Beziehungen zwischen sozialdemokratischer Führung und Massen ins Blickfeld kommen. Selbst wenn seine Charakterisierung der subjektiven Bereitschaft der SPD-Führer, sich ihrer Massenbasis freiwillig zu entledigen, richtig wäre, hätte von Plato damit immerhin erkannt, daß die reformistische Führung ihren sozialfaschistischen Ehrgeiz gar nicht realisieren konnte, weil ihr politischer Spielraum gar nicht beliebig auszudehnen, sondern durch objektive Interessen der reformistischen Gefolgschaft und die entsprechenden Erwartungen und Forderungen an die Führung begrenzt war.

Selbst wenn man ein primitives Bild von verführender Führung und verführter Gesellschaft für den reformistischen Teil der Arbeiterbewegung im Kopf hat – was in unserem Falle mehr politischen Aufschluß über diesen Kopf als über die Weimarer Sozialdemokratie erbringt – kann man nicht widerspruchsfrei zu dem Schluß kommen, mit dem unser Autor seine „Theorie“ unter Dach und Fach zu haben glaubt: die reformistische Führung sei eben „Teil des Systems geworden, das um der Erhaltung der kapitalistischen Produktion willen alle Früchte der Arbeiterbewegung für einen bemerkenswerten Zeitraum zerschlug“ (72).

Mit dieser Faschismus-Definition behauptet von Plato entweder Unsinniges oder er muß in logischen Widersprüchen ersticken. Nimmt man die Formulierung wörtlich, ist sie zweifellos falsch, denn die faschistische Diktatur zerschlägt nicht einfach die „Früchte“ der Arbeiterbewegung – das haben nach von Plato ja gerade die vorfaschistischen Regierungen mit Hilfe des „Sozialfaschismus“ schon bewerkstelligt – sondern sie zerschlägt ihre *Organisationen* und damit jede zukünftige Möglichkeit neuer „Errungenschaften“ der Arbeiterbewegung, im reformistischen wie im revolutionären Sinne.

Meint von Plato jedoch mit „Früchten“ auch die Organisationen der Arbeiterbewegung, so behauptet er nichts weniger, als daß die SPD-Führung als Teil eines Systems dem System aktiv geholfen hat, sich selbst als Teil des Systems abzuschaffen. Daraus folgt aber logisch, daß dieses System nach der Selbstausschaltung der SPD nicht mehr dasselbe war wie vorher, daß also die qualitative Veränderung des Systems sich unter anderem gerade darin anzeigt, daß die Sozialdemokratie *nicht mehr* an ihm teilhat.

3. Unser Autor muß sich dieser logischen Sackgasse bewußt geworden sein, in die er am Ende seiner ständigen Begriffsverschiebungen geraten ist. Hat er sich damit doch selbst die bedrohliche Frage auferlegt, warum denn wohl, wenn der Reformis-

71) Alle Zitate bei v. Plato, S. 330

72) a. a. O., S. 330

mus Teil des Systems gewesen sein soll, die faschistische Diktatur diesen Reformismus liquidiert und damit überflüssig gemacht hat. Mit einem argumentativen Salto rückwärts beantwortet von Plato diese Frage und landet damit wiederum auf einer ganz anderen Ebene: „Meiner Ansicht nach war für den Angriff des Faschismus auf die SPD vor allem entscheidend, daß die SPD die Westorientierung vertrat, also eine Richtung eines Teils der Bourgeoisie, der sich nicht durchsetzen konnte gegenüber der nationalistischen Politik eines anderen Teils“ (72). Mit diesem Argument, das nicht einmal die ökonomischen Interessenunterschiede andeutet, die solchen außenpolitischen Differenzen zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen zugrundeliegen (73), trifft sich von Plato mit einem gezielten Blattschuß selbst in den Rücken. Völlig zu Recht hat er sich nämlich bemüht, die These Weingartners zu widerlegen, die gemeinsame Frankreich-Feindlichkeit von Stalin und Hitler habe die Komintern-Politik gegenüber der NSDAP entscheidend mitbestimmt. Derselbe Autor, der eine solche Beschränkung auf die außenpolitische Ebene als bornierten Erklärungsversuch für soziale und politische Auseinandersetzungen zurückweist (74), kann die entscheidende Frage, die zur Klärung der objektiven politischen Funktion des Reformismus und Faschismus hinführt, nur noch auf der außenpolitischen Ebene und dort nur mit Hilfe haltloser Spekulationen beantworten. Diese tödliche Schlußpointe reißt von Platos mühsam zusammengebastelte Argumentationskette auseinander und besiegelt damit die Unhaltbarkeit der Sozialfaschismus-Theorie.

Wenn von Plato auch nur den ersten Schritt machen würde, die angeführten außenpolitischen Differenzen materialistisch zu erklären, müßte er nach den ökonomischen Interessen fragen, die solchen Differenzen zugrundeliegen und die konkret den profaschistischen Teil der deutschen Großbourgeoisie auf eine nationalistische Orientierung der deutschen Außenpolitik drängten. Damit wäre er einer wirklichen Erklärung der Tendenz zur faschistischen Diktatur nähergekommen, die für ihn nur den Nachteil hätte, der Sozialfaschismus-Theorie zu widersprechen, weil sie zwingend erweisen kann, daß diese faschistische Lösung zugleich die Absage an jede aktive Beteiligung der Sozialdemokratie an der bürgerlichen Herrschaft voraussetzt.

VII. Zusammenfassende Kritik

1. Für eine abschließende Kritik an der Arbeit von Platos ergeben sich aus den im einzelnen aufgezeigten Mängeln zwei prinzipielle und schwerwiegende Einwände. Der eine richtet sich gegen seine Auffassung von „materialistischer Wissenschaft“, der andere betrifft die Behandlung des Reformismus-Problems, die *sich in der Renaissance der Sozialfaschismus-These* anzeigt.

73) S. 330 (Anm.). Für eine korrekte Bewertung der beiden Parteien auf dieser außenpolitischen Ebene müßte allerdings auch die auf unterschiedliche Ursachen zurückgehende anti-bolschewistische Orientierung von SPD und NSDAP in Rechnung gestellt werden, die v. Plato selbst an anderer Stelle hervorhebt (S. 266). Dieser Hinweis soll nur andeuten, zu welcher willkürlichen Kausalverbindungen man kommt, wenn man außenpolitische Orientierungen unvermittelt zur Erklärung innergesellschaftlicher Zusammenhänge heranzieht.

74) So etwa auf S. 266 f., S. 271

Auf der Ebene der Methodenkritik ist der für eine Arbeit mit materialistischem Anspruch besonders schwerwiegende Mangel schon aufgezeigt worden, die subjektive und objektive Ebene der Analyse des Reformismus nicht systematisch auseinanderzuhalten und klar voneinander abzugrenzen. Ein anderer unumgänglicher methodologischer Einwand trifft die Quellenverarbeitung innerhalb seines Beweisverfahrens, mit dem die Plausibilität und letztlich die Wissenschaftlichkeit einer historischen Arbeit steht und fällt. So wichtig es ist, Geschichte auch durch kritischen Rekurs auf die zeitgenössischen Interpretationen der politisch organisierten Subjekte zu rekonstruieren und dadurch authentische Gesichtspunkte für die nachvollziehende Darstellung des wirklich Geschehenen zu entwickeln, so unkontrolliert und damit willkürlich müssen die Resultate einer Untersuchung ausfallen, die sich auf Aufsätze und Analysen der unterschiedlichsten Qualität und Reichweite aus den Publikationsorganen der proletarischen Parteien als nahezu einzige Quellen bezieht und den realen historischen Prozeß allein aus solchem Material zu rekonstruieren versucht, ohne dieses selbst quellenkritisch zu überprüfen oder mit anderen Quellen zu vergleichen.

Auch und gerade wenn man die Geschichte der Arbeiterbewegung im Interesse der Arbeiterklasse aufzuarbeiten beansprucht, bleibt die Rekonstruktion und Darstellung von historischer Realität methodisch auf eine möglichst umfassende und kritische Auswertung der erreichbaren Quellen angewiesen, wenn sie einen wirklich geschichtswissenschaftlichen Erkenntnisbeitrag für die Arbeiterbewegung anstrebt. Eine Darstellung, die Tatsachenbehauptungen nicht überprüft und weitreichende Thesen mit lediglich detaillistischen Ausschnitten der Wirklichkeit belegt, kann auch dann nicht dem Interesse der Arbeiterklasse dienen, wenn ihre Resultate propagandistisch verwertbar erscheinen. Im konkreten Fall verwechselt sie ganz offensichtlich das Interesse der Arbeiterklasse mit dem rechthaberischen Prestigedenken einer Organisation, die die schwerwiegenden Fehler der Sozialfaschismus-Theorie schon deshalb nicht analysieren kann, weil sie diese in ihrem von der Arbeiterklasse abgehobenen Kampf erneut propagandistisch zu verwerten versucht.

2. Für den politischen Inhalt der Sozialfaschismus-Problematik ergeben sich aus der hier vorgeführten Position schwerwiegende Fehleinschätzungen mit weitreichender Bedeutung auch für die aktuelle politische Auseinandersetzung. Wer durch sein Festhalten am Begriff des Sozialfaschismus den Reformismus der Weimarer Zeit so eklatant verkennt, daß er die objektive Notwendigkeit seiner Zerstörung durch die faschistische Diktatur leugnet oder mit dem Hinweis auf die subjektiven Kapitulationsneigungen der reformistischen Führung für irrelevant erklärt, kann weder für die damalige Zeit ein gemeinsames Interesse an der Einheitsfront gegen die unmittelbar drohende faschistische Diktatur begründen, noch *generell* die Möglichkeit einer an das Bewußtsein reformistisch orientierter Arbeiter anknüpfenden anti-reformistischen Arbeiterpolitik aufzeigen. Eine solche Politik setzte vor 1933 voraus, daß nicht nur in der ökonomischen Krise das Scheitern der reformistischen Politik an den eigenen Maßstäben, sondern auch das bedrohliche Gefälle der politischen Krise aufgewiesen wurde, das die passive Hoffnung der SPD auf eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen im erneuten ökonomischen Aufschwung illusionär

machte und die reformistischen Organisationen der faschistischen Diktatur auslieferte.

Die Überwindung reformistischen Bewußtseins in den Köpfen der Arbeiter erscheint angesichts der lebendigen Anschauung der ökonomischen und politischen Krise leichter möglich als in einer ökonomischen Konjunktur, die sozialpolitische Zugeständnisse und politische Stabilität in demokratischen Formen zuläßt. Von Plato geht bezeichnenderweise genau von der entgegengesetzten Annahme aus. Um die Aufgabe der KPD, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, am Ende der Weimarer Republik als objektiv besonders schwierig erscheinen zu lassen, behauptet er, in Krisenzeiten sei in kapitalistischen Systemen regelmäßig eine Renaissance reformistischer Illusionen im Kleinbürgertum und in der Arbeiterklasse zu beobachten (75). Damit zeigt sich, daß er die Bedingungen für die Fortexistenz reformistischer Organisationen und für ihre Bindungskraft gegenüber der Arbeiterklasse ganz allgemein nicht reflektiert hat, weil er sie von den realen innerkapitalistischen Errungenschaften der Arbeiterklasse unabhängig sieht. Damit kann er aber die Wirkungen des Reformismus in der Arbeiterbewegung – in Zeiten der relativen Stabilisierung wie in der ökonomischen Krise – nur auf die demagogischen Fähigkeiten der reformistischen Führer zurückführen. Aus seiner Sicht gilt es dann lediglich, diese Führer mit den schärfsten aller möglichen Formeln propagandistisch zu entlarven, um die Arbeiter von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes zu überzeugen. Deshalb kann es auch nicht die Aufgabe der Kommunisten sein, an die vorhandene Enttäuschung über das Scheitern des reformistischen Weges anzuknüpfen, um dessen prinzipielle Abhängigkeit von der kapitalistischen Konjunktur zu demonstrieren. Die Sozialfaschismus-Theorie begnügte sich entsprechend nicht mit dem Nachweis der Unfähigkeit des Reformismus, selbst die reformistischen Interessen der Arbeiterklasse, einschließlich dem Interesse an der Erhaltung selbständiger Organisationen, langfristig und dauerhaft zu verwirklichen. Sie wollte vielmehr beweisen, was der Erfahrung der Arbeiter gerade widersprach: Daß die Sozialdemokratie die Funktion des Faschismus selbst zu übernehmen anstrebte bzw. an der faschistischen Diktatur aktives Interesse hatte.

Von Plato, der an einigen Stellen das Problem der Überzeugung reformistischer Arbeiter benennt und einige Punkte der Selbstkritik aufzeigt, die in der KPD gründlicher diskutiert worden sind als es die bürgerliche Geschichtsschreibung wahrhaben will, verstellt sich eine systematische Untersuchung dieser zentralen Problematik, weil er den Begriff des Sozialfaschismus weder kritisch überprüfen, noch die Bedingungen seiner Verwendung historisch verständlich machen, sondern lediglich im nachhinein *inhaltlich rechtfertigen* will. Er läßt seine Argumentation – wie gezeigt – eher in unauflösbare Widersprüche geraten, als zuzugeben, daß der Begriff selbst analytisch wie propagandistisch falsch gewesen ist.

75) v. Plato, S. 326. Vgl. dagegen Trotzki, a. a. O., S. 192, und auch die Einschätzung maßgeblicher Komintern-Theoretiker wie E. Varga (in: *Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen*, Frankfurt und Wien 1969, S. 339 ff.), der in seiner *objektiven* Analyse nicht nur die schwindende materielle Basis des Reformismus herausarbeitet, sondern auch dessen Untauglichkeit zur politischen Sicherung bürgerlicher Herrschaft in der Weltwirtschaftskrise feststellt, ohne allerdings (im Jahre 1934!) den Sozialfaschismus-Begriff aufzugeben (vgl. S. 344 ff.)

3. Unser Autor streitet jedoch die Fehler der KPD angesichts der faschistischen Gefahr nicht einfach ab, sondern beutet sie argumentativ für seine eigene politische Position aus. Zu diesem Zweck begibt er sich bei dem Versuch, das Scheitern der Einheitsfrontpolitik historisch zu erklären, auf das vertraute Terrain der Organisationsdebatte. Nicht die Unfähigkeit, reformistisches Bewußtsein und seine Entwicklungsmöglichkeiten unter den Wirkungen der Weltwirtschaftskrise richtig einzuschätzen und mit dem Instrument einer realitätsgerechten Kritik an der reformistischen Führung zu verändern, sondern die mangelnde Bolschewisierung der KPD ist dafür verantwortlich, daß die Weimarer Kommunisten in einer entscheidenden Zeit schwerwiegende Fehler gemacht haben.

Statt die Sozialfaschismus-Theorie als Ausdruck eines selbstisolierenden Lagerdenkens der Kommunisten in der gespaltenen Arbeiterbewegung zu reflektieren (76), welche die reformistischen Bewußtseinsschranken aufzuheben behindert, weil sie die reformistischen Arbeiter einfach zum Sprung über diese Schranken auffordert, setzt die Kritik von Platos gerade umgekehrt bei der mangelnden inneren „Disziplinierung“ des kommunistischen „Lagers“ an. Obwohl von Plato über eine explizite Vorstellung dessen verfügt, was mit Bolschewisierung gemeint ist (77), entgeht er nicht der Gefahr, „mangelnde Bolschewisierung“ zur Erklärungsschablone für alle möglichen Fehler der KPD zu machen, ohne diese inhaltlich untersuchen zu müssen (78). Für eine Kritik seiner Position ist es aber entscheidend, zu erkennen, daß der Vorstellung, eine astreine Bolschewisierung der KPD hätte die Fehler und den schließlichen Untergang der Weimarer KPD verhindern können, dieselbe idealistische Anschauung zugrunde liegt wie seiner moralisierenden Verurteilung der sozialdemokratischen Führung und seiner Verkennung der Ursprünge reformistischen Arbeiterbewußtseins, die in der Renaissance der Sozialfaschismus-Theorie zum Ausdruck kommen.

Dabei kommt der Autor einer Kritik seiner eigenen idealistischen Grundhaltung ganz nahe, wenn er die Ursachen der mangelhaften „Bolschewisierung“ letztlich als „Nachwirkungen tiefverwurzelter sozialdemokratischer Traditionen begreifen zu können“ glaubt (79). Würde er diese sozialdemokratischen Traditionen auf ihre gesellschaftlichen Ursachen und historischen Voraussetzungen untersuchen (was er nur im Vorübergehen unternimmt und ohne die Ergebnisse auf seine Thesen anzuwenden) müßte ihm das schlichte Vertrauen auf die Möglichkeit einer Bolschewisierung der KPD durch eine auf wunderbare Weise schon vor der Partei bolschewisierte Parteiführung vergehen.

Von Plato dient die Tatsache, daß die deutsche KP historisches Produkt der Geschichte der *deutschen* Arbeiterbewegung gewesen ist, nur zur Erklärung ihrer *Fehler*. Er verkennt, daß dieselbe Tatsache auch erst die Möglichkeit begründete,

76) Vgl. O. Negt/A. Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt a. M. 1973, S. 384 ff.; dort auch eine Kritik der Sozialfaschismus-Theorie auf der sozialpsychologischen Ebene (S. 388 ff.)

77) v. Plato, S. 346 f.

78) Als Beispiele: S. 237, S. 248. An diesen Stellen wird als mangelnde Bolschewisierung jeweils die Tatsache beklagt, daß sich Beschlüsse der Führung nicht an der Basis der Partei durchsetzen ließen.

79) v. Plato, S. 348

durch genaue Kenntnis gerade der sozialdemokratischen Traditionen dieser Arbeiterbewegung die reformistischen Fehler an ihrer subjektiven Wurzel zu packen und durch wirkliches Eingehen auf ihre spezifischen Illusionen und Vorurteile zu überwinden. Eine solche politische Leistung traut von Plato nur einer KPD zu, die sich strikt nach den Prinzipien und Erfahrungen einer Partei *ausrichtet*, die aus einer „vollkommen unterschiedlichen“ gesellschaftlichen und politischen Entwicklung hervorgegangen ist (80). Wenn nach von Platos pragmatischer Formulierung Bolschewisierung demnach nichts anderes ist als die „Überwindung der Fehler der westeuropäischen Arbeiterbewegung“ in der imperialistischen Epoche (81), wird offensichtlich, daß diese Überwindung mit einem „Partei“-Konzept bezahlt wird, das sich im freien Flug über die mit einer starken SPD gegebenen „objektiv ungünstigen Bedingungen“ für eine Überwindung reformistischer Arbeiterpolitik hinwegsetzt, statt von der reformistischen Befangenheit auszugehen und zur zentralen politischen Aufgabe der Arbeiterklasse zu machen, diese als Produkt der lebendigen Verhältnisse unter dem Kapitalismus zu begreifen und sie sodann, an diese lebendigen Tatsachen anknüpfend und die Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche ausnutzend, inhaltlich zu destruieren.

4. In der Behandlung der Bolschewisierungsfrage wie in der Wiederbelebung der Sozialfaschismus-Theorie demonstriert von Plato für seine Organisation, daß diese nicht nur aufgrund eines Größenvergleichs mit der Weimarer KPD, sondern wesentlich aufgrund ihres durch und durch *äußerlichen Herangehens* an die Arbeiterklasse lediglich eine – allerdings perfekte – Sekte darstellt. Das zeigt sich auch darin, daß sie ihren Wahn, in der Kontinuität der deutschen Arbeiterbewegung zu stehen, nur auf die extrem idealistische Weise der Über-Identifikation erzeugen kann, sei es, indem sie längst überwundene Fehler der wirklichen KPD, wie die Sozialfaschismus-Theorie, zu rehabilitieren versucht, sei es, indem sie kritisierte organisatorische Mängel, wie die „unzureichende Bolschewisierung“, in ihrem eigenen Vereinsleben vorbildlich überwunden zu haben beansprucht.

Sozialfaschismus-Renaissance und platonischer Organisations-Bolschewismus dienen dem KSV aber nicht nur als proletarischer Adelsnachweis, sondern gehören auch notwendig zu seiner prop gandistischen Konzeption. Eine in von Platos Sinne durchbolschewisierte Partei ist damit die adäquate Organisationsbasis für eine Konzeption, die, statt in der Arbeiterklasse selbst zu wirken, dieser nur imponieren will. Als solche kann sie optimal der Aufgabe gerecht werden, durch die sie sich ihre Anerkennung als Avantgarde der Arbeiterklasse verschaffen will: die propagandistische Selbstdarstellung vor der Arbeiterklasse zu organisieren, deren Wirkungen sie in erster Linie von einer möglichst hartnäckigen, parolenmächtigen und die eigene Stärke ständig übertreibenden Organisationsreklame abhängig sieht.

Entsprechend entlarvt sich in von Platos Versuch, eine Renaissance der Sozialfaschismus-Theorie zunächst *historisch* zu legitimieren, das durch und durch opportunistische Verhältnis seiner politischen Gruppe zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Dieses Verhältnis, wie es sich auch in der Alltagspropaganda des KSV ständig

80) v. Plato, S. 349

81) v. Plato, S. 354

enthüllt, dient allein der *politischen Verwertung* im Dienste der eigenen Organisation und setzt notwendig die äußerste Gleichgültigkeit gegenüber den realen historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung voraus. Die Renaissance der Sozialfaschismus-These, wie sie von dieser Sekte betrieben wird, ist überhaupt nur zu verstehen, wenn man darin das Bedürfnis erkennt, sich der eigenen hervorragenden Rolle im Klassenkampf in elitärer Abgrenzung von allen anderen, die sich ebenfalls Sozialisten oder gar Kommunisten zu nennen wagen, ständig zu versichern (82).

Mit der Sozialfaschismus-Propaganda kann sich heute aber inhaltlich nur noch eine Gruppe identifizieren, die gleichgültig gegen die Tatsache, daß dieser Begriff in der historischen Erfahrung der Arbeiterbewegung wie in der selbstkritischen Diskussion der Komintern überwunden worden ist, den Sozialfaschismus als begrifflichen Totschläger für die aktuelle Auseinandersetzung in das Arsenal ihrer ideologischen Waffen aufnehmen will. Da die Sozialdemokratie von heute alle Kriterien, die von Plato für die Anwendung des Begriffs vorausgesetzt hat, bei weitem übertrifft und auch die Gewerkschaften unzweifelhaft eine Politik der Arbeitsgemeinschaften verfolgen, kann schon jetzt kein *ideologischer* Vorbehalt mehr den KSV daran hindern, den Reformismus in seiner heutigen Gestalt als sozialfaschistisch zu kennzeichnen. Sporadisch ist dies schon immer wieder geschehen, über die *taktischen* Skrupel, die einer systematischen Verbreitung der Sozialfaschismus-Propaganda im Wege stehen, kann man nur spekulieren.

Man darf aber schon heute bezweifeln, ob eine *aktuelle* Begründung des erneuerten Sozialfaschismus-Begriffs in der Lage sein wird, „Realität zu transportieren“, wenn man bedenkt, daß die *historische* Sozialfaschismus-Theorie das Speditionsunternehmen von Platos nicht überstehen konnte. An den Ausgang dieses Transportes sollte man sich genau erinnern, wenn der KSV versuchen wird, in der aktuellen politischen Auseinandersetzung ideologisches Sperrgut abzuladen, das sich schon in der Weimarer Zeit als unzustellbar erwiesen hat.

82) Vgl. die programmatische Erklärung zum „1. Parteitag“ in der „Roten Fahne“ vom 19. 12. 1973, S. 2. Dort wird die Notwendigkeit eines Parteiprogramms, das die Gruppe etliche Jahre nach ihrer „Parteigründung“ nunmehr in Angriff nimmt, mit dem Hinweis auf den „Opportunismus“ begründet, der sich um die eigene Organisation herum breitmachte. Unter diese Definition fallen sämtliche „sonstigen“ Gruppen der Linken, die als eine „Koalition zwischen ‚links‘-sozialdemokratischen, vom Sozialimperialismus unabhängigen revisionistischen, trotzkistischen, spontaneistischen und pseudo-marxistisch-leninistischen Kräften“, also völlig inhaltlos, beschrieben wird. Gegenüber diesen politischen Konkurrenten kann sich eine Sekte natürlich nur mit Hilfe verstärkter Bemühungen zur Wehr setzen, die wirkliche KPD in allen Details ihrer *organisatorischen* Struktur, wenn schon nur en miniature, so doch modellbaukastengleich getreu zu kopieren. Als jüngster Schritt in dieser Richtung ist der zur „Wiederbelebung der Traditionen der deutschen Arbeitersportbewegung“ zu verzeichnen, welcher mit der Gründung des Arbeitersportvereins Roter Stern Dortmund am 16., 12. 1973 gemacht wurde (vgl. Rote Fahne vom 19. 12. 1973, S. 5)